

Politische Berichte ★

Nummer 10 / 16. Jahrgang

18. Mai 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Tudjman säubert

**Kroatiens Armee vertreibt Serben aus Jasenovac
Erinnerung an die Ustascha-Massaker ist frisch**

Das Ende des Waffenstillstandes Anfang Mai in Bosnien hat nicht nur dort wieder zu verstärkten Kriegshandlungen geführt. Die kroatische Armee nutzte die verschärzte Situation, um mit einem Überraschungsangriff Westslavonien wieder in ihren Machtbereich einzugliedern. Westslavonien gehört zu den Gebieten, die von den in Kroatien lebenden Serben als von Kroatien unabhängig bezeichnet werden.

Nach der kroatischen Offensive haben viele aus Westslavonien gefohne Serben schwere Beschuldigungen gegen die kroatische Armee erhoben. Ein Korrespondent der französischen Nachrichtenagentur AFP interviewte in der nordbosnischen Stadt Nova Topola einige geflüchtete Krajna-Serben, die von Massakern an der Zivilbevölkerung sprachen. Sie berichteten, daß kroatische Flugzeuge Flüchtlingsstrecken aus der Luft und mit schwerer Artillerie beschossen. Aus Pakrac wurden nach UNO-Angaben tausende von Zivilisten und Soldaten in Polizeibussen in verschiedene Lager in Kroatien weggebracht. Ein UNO-Sprecher bezeichnete dies als ethnische Säuberung. Die kroatische Regierung hatte allen ausländi-

schen Pressteams die Fahrt in die eroberten Städte verweigert. Nur eine Handvoll ausgewählter regierungstreuer Fernsehtteams durfte sich an den Militäroperationen der kroatischen Armee beteiligen. Dies mißfiel selbst dem kroatienhörgigen Berichterstatter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Auch in der Ausgabe vom 8. Mai heißt es: „In der Nacht zum Freitag hat es in Pakrac vereinzelt Plünderungen durch kroatische Uniformierte gegeben — wir haben sie mit eigenen Augen beobachtet.“ Nach Angaben der FAZ sind auch aus Jasenovac alle Bewohner geflüchtet. Bis auf zwei alte Menschen, wie sich der FAZ-Berichterstatter bestätigen läßt.

Jasenovac hat unter Serben, Roma und Sinti und Juden einen entsetzlichen Klang. Dort wurden im kroatischen Ustascha-Staat Hunderttausende bestialisch hingemordet. Nun ist Jasenovac wieder in kroatischer Hand. In der Hand eines kroatischen Staates, der im rasanten Tempo alle Insignien des ehemaligen faschistischen Ustascha-Staates annimmt, von der Fahne bis zur Wiedereinführung der Kuna, offizielle Währung des faschistischen Kroatiens. Nahezu zeitgleich mit dem Jahrestag



8. Mai 1995: Nach dem erneuten Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge demonstrierten in Lübeck zahlreiche Schülerinnen und Schüler gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus.

der Befreiung des Lagers Auschwitz erschien in der kroatischen Zeitung *Magazin* ein Interview mit Dinko Sakic, dem ehemaligen Lagerleiter des KZ Jasenovac, der jetzt aus dem Exil wieder nach Kroatien zurückgekehrt ist. Der einstige Verwalter des Lagers erklärte in dem Interview u.a.: „Jasenovac war eine legale, gesetzlich begründete Einrichtung, in die alle jene geschickt wurden, denen bewiesen war, daß sie an der Zerstörung und Vernichtung des kroatischen Staates gearbeitet haben, und die für die für die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährlich waren.“ Auf die

heutige Situation gemünzt, meinte er abschließend: „Es tut mir leid, daß wir nicht alles, was uns zugeschrieben wird, getan haben, denn hätten wir das damals getan, hätte Kroatien heute keine Probleme, niemand hätte Lügengeschichten schreiben können.“ In der Zeit der Erinnerungen an die faschistischen Massaker vor fünfzig Jahren ist es ratsam, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, daß es die deutsche Bundesregierung war, die vor wenigen Jahren ermöglichte, daß sich ein solcher kroatischer Staat wieder auf dem Balkan etablieren konnte. — (hav)

NRW wählt rot-grün, SPD verliert die Mehrheit

Das bürgerliche Lager ist nach den Landtagswahlen geschwächt, die FDP ganz draußen

Die seit 15 Jahren bestehende absolute Mehrheit der SPD ist zu Ende, das bürgerliche Lager ist geschwächt, während Bündnis 90/Die Grünen mit runden 10% in den Landtag einzogen. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der Landtagswahlen am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen. Sie werden zu erheblichen Änderungen in der Landespolitik führen. Die SPD, die den Anspruch auf eine erneute Regierungsbildung erhoben hat, kann dies nicht mehr allein. Während CDU-Spitzenkandidat Linssen allerdings weitere fünf Jahre in der Opposition ankündigte, bekräftigten Bündnis 90/Die Grünen ihr Ziel einer rot-grünen Koalition.

Die SPD hat einen rechten, stark auf die Person von Johannes Rau zugeschnittenen Wahlkampf geführt. Dem von den Unternehmerverbänden, von CDU und FDP betriebenen Abbau sozialer Rechte setzte sie kaum etwas entgegen. Von der früheren „Partnerschaft“ zu den Gewerkschaften war nicht mehr viel zu spüren.

Landesinnenminister Schnoor schloß sich mitten im Wahlkampf der Aufhebung des Abschiebestopps für Kurden und Kurden durch den CDU-Bun-

desinnenminister Kanther an.

Dieser Wahlkampf hat nicht dazu beigetragen, die Wählerinnen und Wähler der SPD zu mobilisieren. Bei einer auf gerade 64,1% gesunkenen Wahlbeteiligung verlor die SPD gegenüber der letzten Landtagswahl 1990 fast 830000 Stimmen und sackte von 50% der Stimmen auf 46% ab.

Die CDU konnte ihr prozentuales Ergebnis zwar von 36,7% auf 37,7% steigern, absolut verlor auch sie jedoch rund 280000 Stimmen. Diese Verluste sind umso erfreulicher, als die CDU einen großen Teil ihres Wahlkampfes mit fast schon rechtsradikaler Hetze zum Thema „Innere Sicherheit“ bestreit und für den unbeschränkten Ausbau von Polizei-Rechten eintrat. Die FDP, die sich als „Standortpartei“ zu profilieren versuchte, verfehlte den Einzug in den Landtag mit 4% deutlich. Nachdem sie aus etlichen Gemeinderäten schon im letzten Herbst herausgewählt wurde, könnte dieses Ergebnis der endgültige Schritt zum „Aus“ dieser Partei der „Besserverdienenden“ sein.

Auch die Faschisten spielten kaum eine Rolle: 0,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten für die REP, vor

fünf Jahren waren es noch 1,8 Prozent.

Von den Parteien, die in den Landtag einzogen, haben allein die Grünen Stimmengewinne erzielt. Sie erhielten 830640 Stimmen, genau 10%. 1990 hätten die Grünen den Einzug in den Landtag fast verfehlt, mit diesem Ergebnis sind sie auch in NRW endgültig etabliert. Nach vorliegenden Analysen erhielten die Grünen etliche Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern, die die absolute Mehrheit der SPD als hinderlich für eine Reformpolitik ansahen, aber auch von ehemaligen FDP-Wählern und -wählern. Besonders viele Stimmen erhielten die Grüne dort, wo sie den politischen Widerstand unterstützten, wie z.B. in den vom Braunkohleabbau betroffenen Gebieten am Niederrhein.

Die DKP trat in etwa einem Drittel der Wahlkreise an und wurde von 6021 Wählerinnen und Wählern gewählt, das sind landesweit 0,1%.

Bis zum Redaktionsschluß stand noch nicht fest, ob Johannes Rau erneut für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert und zu diesem Zweck Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufnimmt. Vor den Wahlen hatte er dies für sich abgelehnt. Mit dem Wahlergebnis

steht jedoch fest: Die Hoffnungen der SPD auf eine absolute Mehrheit, die sich vor allem auf NRW stützten, sind bundesweit erledigt. Ohne Partner kann die SPD nicht regieren. Ob die Regierung rot-grün oder zumindest rosa-grün wird, ist jedoch noch keineswegs sicher. Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Berger, macht offen eine schwarz-rote Koalition.

Für die PDS, die nicht zu den Landtagswahlen kandidierte, ergibt sich weiter die Aufgabe, außerhalb der Parlamente kommunal- und landespolitisch Opposition zu unterstützen und zu organisieren. Ob wir hier nützliche Beiträge leisten können, wird entscheidend sein. Im übrigen: Auch wenn in Bremen viele mehr erwartet haben, der Einzug in die fünf Bezirksbeiräte in Bremen birgt die erfreuliche Chance, von unten Politik zu entwickeln. — (wof)

Seite 4: Die Wahlen in Bremen und die PDS

Entschiedene Warnung vor großdeutscher „Minderheitenpolitik“

„Deutliche Parallelen zu Entwicklungen in den 30er Jahren“ sind unübersehbar

Der PDS-Bundestagsabgeordnete Ludwig Elm und 21 weitere Abgeordnete der PDS im Bundestag wiesen am 3. Mai auf einer Pressekonferenz in Berlin auf ein gefährliches „Wiederaufleben grenzüberschreitender Minderheitenpolitik“ durch Bundesregierung und Revanchistenverbände hin. Gleichzeitig unterrichteten sie die Botschafter von 22 Staaten, darunter die USA, Russland, Israel und 19 europäische Staaten, über diese gefährlichen Tendenzen. Hier die Erklärung der Abgeordneten, die auch an die Bundesminister Kinkel und Kanther geschickt wurde. — (rül)

In diesen Tagen wird der Befreiung Deutschlands durch die Anti-Hitler-Koalition und aller Opfer des NS-Regimes gedacht.

Dieser Rückblick auf das Jahr 1945 bringt zugleich die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung, den das NS-Regime auch durch subversive Maßnahmen in verschiedenen europäischen Nachbarstaaten einleitete. Zu den Mitteln der damaligen deutschen Außenpolitik gehörte es, neben den deutschstämmigen Bevölkerungsgruppen auch zahlreiche fremdsprachige Minderheiten im Ausland zu instrumentalisieren. Die damaligen, von staatlichen Stellen im nationalsozialistischen Deutschland gelenkten Forderungen zahlreicher europäischer Minderheiten nach „Autonomie“ trugen wesentlich zur Untergrabung der territorialen Integrität der Nachbarstaaten bei.

Seit der deutschen Einheit im Jahre 1990 ist in der Bundesrepublik Deutschland ein verstärktes Wiederaufleben grenzüberschreitender Minderheiten-

politik zu konstatieren, die deutliche Parallelen zu Entwicklungen in den dreißiger Jahren aufweist.

In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung im Dietz Verlag Berlin GmbH „Deutschland erwache! Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus“ von W. von Goldenbach und H.-R. Minow werden auf der Grundlage einschlägiger Quellen Informationen über Herkunft, Struktur und Auslandsaktivitäten des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) gegeben, die diese Beobachtungen belegen.

Sie bestärken uns in der Feststellung, daß heute erneut die völkerrechtswidrige Einflußnahme auf Nachbarstaaten mit Hilfe scheinbar privater, in Wirklichkeit behördlich beeinflußter Organisationen intensiviert wird.

Nachgewiesenermaßen sind diese Organisationen sowohl konzeptionell als auch personell mit rechtsextremistischen Kräften verbunden. Diese Entwicklung erfüllt uns seit langem mit großer Sorge. Deshalb richtete die Bundestagsgruppe der PDS bereits seit 1992 Anfragen an die Bundesregierung, um Aufklärung über diese verdeckten Inhalte und diesbezügliche Wege ihrer Außenpolitik zu erhalten. So haben wir u.a. in unserer Anfrage mit der Drucksache 12/2455 von 1992 Auskünfte zur Beziehung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem VDA einholen wollen. Mit unserer Anfrage in der Drucksache 12/6169 von 1993 wollten wir auf die Notwendigkeit zur Wahrnehmung der Aufsichtspflicht der Bundesregierung in bezug auf den VDA aufmerksam machen.

Die Antworten darauf und alle weiteren Reaktionen auf unsere Anfragen

leugnen bis heute die zweifelsfreie Verantwortung, die das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern sowie weitere Behörden der Bundesrepublik Deutschland für die in Frage stehende Minderheitenpolitik im europäischen Ausland tragen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir auf folgende Aspekte unseres Anliegens aufmerksam machen:

1. Organisationen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland widmen sich seit längerem den Minderheiten in fast allen Staaten Europas derart, daß ein „Eigenrecht jeder geschichtlich gewachsenen Menschengruppe“ postuliert wird, welches in Forderungen nach „Territorialautonomie“ gipfelt. Von den entsprechenden Organisationen werden in mehreren europäischen Staaten unter deutschsprachigen und fremdsprachigen Minderheiten Stimmungen gegen die Mehrheitsbevölkerungen geschürt. Damit wird tendenziell eine deutsche Dominanz gefördert.

2. In diesem Zusammenhang treten als Organisationen besonders in Erscheinung

- der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), Bonn;
- die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV), in Verbindung mit dem „Internationalen Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus“ (Interreg), Flensburg;
- die „Hermann-Niermann-Stiftung“, Düsseldorf.

Ihre Finanzierung und Steuerung erfolgt, wenn auch nicht offen zugegeben, so doch nachgewiesen, in hohem Maße durch das Auswärtige Amt (Abt. VI), durch das Bundesministerium des Innern (Abt. Vertriebene, Referat K II 5)

sowie durch deutsche Landesregierungen, insbesondere durch die Landesregierungen von Bayern und Schleswig-Holstein.

3. Durch Dokumente ist belegt, daß die unmittelbaren Vorfäder dieser VDA und der FUEV bereits in der Zeit des NS-Regimes als verdeckte Auftragsorganisationen des deutscher Außen- und Innenministeriums tätig gewesen sind. Sie setzten nach 1945 ihre Tätigkeit in weitgehender personeller Kontinuität fort.

4. Kürzlich hat die Bundesregierung speziell das Bundesministerium des Innern, eine weitere Konzentration der genannten Organisationen und Suborganisationen beschlossen. In diesen Zusammenhang bereitet die Bundesregierung die Gründung eines „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“ (EZM) mit seiner geographischer Ansiedlung im Umfeld der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vor, um eine „gezielte Konfliktforschung in der Minderheitenpolitik“ mit dem erklärten Ziel zu betreiben, „diesen Fragen eine neue Dimension“ zu verleihen. Offensichtlich sollen die grenzüberschreitenden Aktivitäten der bereits bestehenden Organisationen durch eine weitere Institution koordiniert und effektiviert werden.

Angesichts dieser Umstände fordern wir die Bundesregierung dringend auf, diese Art grenzüberschreitender Minderheitenpolitik unverzüglich einzustellen und die andauernde Finanzierung rechtsextremistischer Ideen und Personen zu beenden.

Quelle: Presseerklärung der PDS in Bundestag, Dr. Ludwig Elm, Bonn, 28 April 1995 (gekürzt).

AKTUELL IN BONN

„Einigung“ über Ost-Mieten

In einer „großen Gesprächsrunde“ haben sich die Bonner Regierungsparteien und die SPD unter Ausschluß von Grünen und PDS über die weitere Anhebung der Mieten im Osten verständigt. Danach bleibt die grundsätzliche Freigabe der Ost-Mieten (wir berichteten). Bei Neuvermietungen ist eine Mieterhöhung bis zu 15 Prozent in drei Jahren ohne jede Verbesserung an der Wohnung erlaubt. Noch umstritten ist, ob die Bundesregierung Teile der Altschulden der ostdeutschen Wohnungsgesellschaften übernimmt bzw. die Wohnungsgesellschaften entlastet. Die Vereinbarung soll am 15. Mai, d.h. unmittelbar nach Redaktionsschluß dieser Zeitung, im Bundestag vorgestellt werden. Am 18. Mai soll der Bundestag die entsprechenden Gesetze dann endgültig verabschieden.

Private Vermittler ohne Erfolg

Die von der Bundesregierung mit großem Pomp gesetzlich erlaubte private Vermittlung von Arbeitskräften („Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit“) ist im ersten Jahr nach der Gesetzesänderung weitgehend wirkungslos geblieben. Das verbreitet die Bundesanstalt für Arbeit. Von April bis Ende Dezember 1994 habe die Bundesanstalt 1825 Erlaubnisse für die Aufnahme privater Vermittlungen erteilt. Diese Vermittler hätten 1994 lediglich 7111 Vermittlungen in Arbeitsverhältnisse erreicht, berichtet die Bun-

desanstalt weiter. Die Zahl ihrer eigenen Vermittlungen in diesem Zeitraum gibt die Bundesanstalt mit 1,4 Millionen an.

„Bankenkontrolle“?

Wieder einmal hat die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe zum Thema „Unternehmenskontrolle/Banken“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe soll sich vor dem Hintergrund umstrittener Pleiten wie bei der Metallgesellschaft erneut mit dem Bankeneinfluß auf Unternehmen befassen, mit dem Depotstimmrecht, der Begrenzung der Zahl der Aufsichtsratsmandate usw. Die letzte Arbeitsgruppe hatte 1989 ohne Ergebnis geendet. Dieses Mal will die Union angeblich einer stärkeren Begrenzung der Aufsichtsratsmandate zustimmen, das Depotstimmrecht soll unverändert bleiben. Der Bundesverband deutscher Banken sieht überhaupt „keinen Handlungsbedarf“.

BRD-Lateinamerika

Anderthalb Jahre nach dem Start ihrer „Asien-Initiative“ legt die Bundesregierung ein „Lateinamerika-Konzept“ vor. Ziel ist es, dem Verlust von Marktanteilen, mit dem die deutschen Unternehmen und Banken in dieser Region konfrontiert sind, gegenzusteuern. Insbesondere bedauert die Bundesregierung, daß deutsche „Investoren“ sich an den umfangreichen Privatisierungen, die in dieser Region in den letzten Jahren stattfanden, „kaum beteiligt“ hätten. Umgekehrt haben in dieser Region

die anderen beiden Triadenmächte USA und Japan an Boden gewonnen. Dies gilt auch für andere EU-Länder wie Spanien, Italien und Frankreich. Die Offensive Bonns soll mit Besuchen von Wirtschaftsminister Röhring und Bundespräsident Roman Herzog in Argentinien bzw. in Brasilien verbunden sein.

Raumfahrt

Die Bonner Regierung und ihr Koordinator für Luft- und Raumfahrt, Norbert Lammert (CDU), wollen „neue Akzente“ in der Raumfahrt setzen und den „Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts“ gerecht werden. Zusammen mit Frankreich sollen 3,3 Milliarden Mark für die Entwicklung von zwei Satelliten (Heliос und Osiris) ausgegeben werden. Der Bonner Anteil liegt „zunächst“ bei 500 Millionen Mark. Die Entscheidung ist gleichzeitig eine gegen die USA, die einen „technisch ausgereiftes Spionagesatellitensystem“ (Handelsblatt) preisgünstig zum Kauf angeboten hatten, während das europäische erst noch entwickelt werden muß. Lammert jedoch betont: „Die Europäer brauchen eine eigenständige Luft- und Raumfahrtindustrie.“ Und dafür ist kaum ein Preis zu hoch.

Stoltenbergs Verfassungs-Verstoß

Die von den damaligen Bundesfinanzminister Stoltenberg 1984 eingeführte Regelung, Einmalzahlungen wie das Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld u.ä. stärker zur Sozialversicherung heranzuziehen,

ist verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 11. Mai verkündet. Stoltenberg hatte entschieden, daß solche Einmalzahlungen „gezwölft“ und damit auf die monatlichen Einkommen aufgeschlagen werden müssen, für die so erhöhten Einkommen muß dann Sozialversicherung gezahlt werden. Das Gericht rügte jetzt, daß trotz höherer Beiträge solche Einmalzahlungen z.B. bei Arbeitslosen- und Krankengeld nicht berücksichtigt werden. Dies verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Bis Ende 1996 muß die Regierung jetzt das Gesetz ändern. Entweder hebt sie die „Zwölftel-Regelung“ wieder auf, oder einmalige Zahlungen werden künftig bei Arbeitslosen- und Krankengeld berücksichtigt. (Az. 1 BVR 892/88, 11.1.1995)

Was kommt demnächst?

Am 18. Mai berät der Vermittlungsausschuß weiter über den Steuerstreit zwischen Regierung und Bundesrat. Am 19. Mai berät der Bundestag u.a. über Anträge der Grünen zum Balkankonflikt sowie von Grünen und PDS zur Strom einspeisung. Am gleichen Tag tagt in Berlin die Innenministerkonferenz u.a. über die Abschiebung von Kriegsflüchtlingen aus dem Balkan und über die Abschiebung von Kurden und Kurden. Am 20./21. Mai führen die niedersächsischen Grünen ihren Landesparteitag durch. Nächste Sitzungswoche des Bundestages beginnt dann erst am 29. Mai. Mitte Juni ist Bundesparteitag der F.D.P. in Mainz.

Operation Hades: im Stück oder in Scheiben?

Das Bürokollektiv Ulla Jelpke (PDS-MdB) über den BND-Plutonium-Skandal

Ein Untersuchungsausschuß wurde vom Deutschen Bundestag eingesetzt. Ein weiteres Mal, nach Flick, der U-Boot-Affäre und dem Schalck-Ausschuß, soll versucht werden, mithilfe „der schärfsten Waffe des Parlaments“ Licht in eine undurchsichtige Affäre zu bringen. Damit die Waffe nicht allzu schneidend wird, hat man ihr in zweierlei Hinsicht die Spitze genommen: Zum einen sicherte sich die Bundesregierung die Mehrheit der Sitze im Untersuchungsausschuß. Daß dieser Untersuchungsausschuß mehr vertuschen als aufzuklären wird, dafür werden auch die SPD-Abgeordneten sorgen: Immerhin haben sie die Integrität des angeschlagenen (sozialdemokratischen) Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Konrad Porzner, zu retten.

Am 10. August des vergangenen Jahres landete auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen bei München die Lufthansa-Maschine LH 3369. Mit an Bord waren u. a. der jetzt als „Plutonium-Händler“ vor der 9. Strafkammer des Münchner Landgerichts stehende Kolumbianer Justiano Benitez Torres. Dieser führte einen Koffer mit sich, in dem nach der Landung die Polizei 363,4 Gramm Plutonium und 201 Gramm Lithium 6 fanden.

Torres wurde auf dem Flughafen nicht nur von einem Spezialeinsatzkommando der bayerischen Polizei erwartet. Ebenso anwesend waren die Drahtzieher dieser Operation, die von dem Bundesnachrichtendienst unter dem Ar-

beitstitel „Hades“ geführt wurde.

Die Welt schien für das bayerische LKA, den vor den Toren Münchens in Pullach residierenden BND und für die Unions-PolitikerInnen in Bund und Bayern in Ordnung: Man hatte demonstrieren wollen, daß angeblich ein Markt von „vagabundierendem nuklearem Material“ bestünde und daß sich die Bundesrepublik zu einer Drehzscheibe dieses hierzulande illegalen Marktes entwickelt hätte (...). So waren die Wochen vor und nach dem Münchner Plutonium-Fund davon geprägt, der Öffentlichkeit und der zaudernden SPD das sog. „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ aufzuzwingen, mit dem dem BND polizeiliche Befugnisse in der Bekämpfung des „organisierten Verbrechens“ zugewiesen worden sind.

Der sich nun konstituierende Untersuchungsausschuß wird sich — soweit ersichtlich — im wesentlichen um vier Fragenkomplexe drehen:

1. Existiert tatsächlich der von der Bundesregierung behauptete „illegalen Markt für vagabundierendes Nuklearmaterial“ oder handelt es sich hierbei um ein Phantom oder um einen durch das Verhalten insbesondere der deutschen Geheimdienste (als tatsächliche oder vermeintliche Aufkäufer) erst herbeigeführten Markt?

2. Sind Mitarbeiter von deutschen Strafverfolgungsbehörden bzw. den Geheimdiensten beim Münchner Plutoniumhandel initiativ geworden?

3. Wann waren der Bundeskanzler, der Kanzleramtsminister Bohl, der Staatsminister Schmidbauer, der BND-

Präsident Porzner, das bayerische LKA, der bayerische Innenminister Beckstein und die anderen zuständigen Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden über was informiert?

4. Warum wurde die Tat — und die damit verbundene Gefährdung nicht nur der Fluggäste und des Flugpersonals, sondern auch der Bevölkerung und der Umwelt aller von der Lufthansa-Maschine überflogenen Gebiete — nicht dadurch abgewendet, indem Torres bereits vor dem Abflug in Moskau festgenommen worden wäre?

Die Bundesregierung übt sich derweil im Krebsgang:

— Systematisch werden vom Kanzleramt Berichte selbst der eigenen Nachrichtendienste zurückgehalten, die sich kritisch mit der Existenz eines „illegalen nuklearen Marktes“ auseinandersetzen. So gibt der BND in einem streng vertraulichen Papier aus dem Jahr 1994 zu: „Der Markt scheint nach wie vor nur eine Anbieterseite zu haben, wenn man einmal von dem Auftreten der ermittelnden Behörde als Interessenten absieht.“ Zu demselben Ergebnis kommt auch das BKA im Januar 1995: „Ein realer Endabnehmermarkt für strahlendes Material existiert nach polizeilicher Informationslage nicht.“ (zit. nach Monitor, 11.5.95)

— Zur Tatprovokation durch die V-Leute von bayerischem LKA, BKA und BND versucht man sich mit sprachlichen Tricks zu retten. Man läßt verlautbaren, daß „Bedienstete deutscher Sicherheitsbehörden“ nicht initiativ geworden seien. Wohlweislich offen

läßt man mit diesem Vorgehen, ob V-Leute — sei es auch nur als Honorarkräfte — als „Mitarbeiter“ handlungsverursachend tätig geworden sind.

— Ähnlich die Versuche, den jeweiligen Informationsstand der in Rede stehenden Behörden und Minister nur scheibenweise preiszugeben: Der Mantel des Schweigens wird auch um den Preis der Unwahrheit nur dann gelüftet, wenn entsprechende Informationen anderweitig bekannt geworden sind.

Aus Sicht der PDS erstreckt sich das wesentliche Erkenntnisinteresse auf zwei Komplexe: Zum einen die Weltpolizisten-Rolle, welche die BRD anstrebt und versucht, mithilfe der fast ausschließlich von ihr betriebenen „Atom-smuggel“-Propaganda auch tatsächlich durchzusetzen.

Zum zweiten ist die Rolle von Geheimdiensten im allgemeinen und die des BND im besonderen zu überprüfen. Insbesondere die Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten im Bereich der Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“ — wie im letztjährigen „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ und der Novelle des bayerischen Verfassungsschutzgesetzes geschehen — die Demokratiegefährdenden Folgen einer derartigen Kompetenzerweiterung der Geheimdienste lassen sich anhand dieser Affäre deutlich aufzeigen.

Den sich herausbildenden Strukturen und der Machtfülle einer neuen Geheimpolizei muß offensiv entgegengetreten werden.

(Aus Platzgründen v. d. Red. gekürzt)

Zu Wasser, zu Land, in der Luft, im Weltraum

Wie die deutsche Rüstungspolitik dem deutschen Expansionsinteresse folgt

Verteidigungsminister Rühe hat die Planung für den Bau eines sogenannten Mehrzweckschiffes gestoppt. Was sollte das Projekt leisten? Nach Pressemeldungen sollte das als künftig größtes Schiff der Bundesmarine 200 Meter lang und 30 Meter breit geplante Schiff „Heereskontingente und Waffenmaterial (darunter bis zu 270 gepanzerte Fahrzeuge) transportieren können, gleichzeitig als Lazarettenschiff dienen, zur Rettung von Menschen in großer Zahl“ befähigt sein, ein Landeck für fünf Transporthubschrauber und drei Kampfhubschrauber haben. Bei Kriseneinsätzen sollte auf dem Schiff ein Führungsstab untergebracht werden.“

Dies Schiffsbedürfnis entstand aus Ahnungen der deutschen Generalität anlässlich der Bundeswehreinsätze in Kampuchea und Somalia². Wollten nun die Deutschen rein oder raus und die hätten die Schiffe und wollten gerade Bündnispartner raus oder rein, was wäre dann? Wie soll ein deutscher General deutsche Truppen souverän kommandieren, wenn er in seinem Befehlstand bloß Gast ist, nicht einmal das Hausrecht hat?

Das Mehrzweckschiff sollte der Bundeswehr aus dem Status der Unvollständigkeit heraushelfen. Die von Generalinspekteur Naumann eingesetzte Studiengruppe hatte sich auch was besonders Elegantes ausgedacht. Da es nach den Regeln des Völkerrechts ein Kriegsverbrechen ist, Lazarett zu bekämpfen, würde das Konzept, Kampfhubschrauber, Kommandostand und

bis zu 270 Panzer hinter ein paar Krankenbetten zu verstecken, die Abwehr eingreifender deutscher Truppen zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit machen.

Das Projekt ist aber nicht wegen dieser Dreistigkeit ad acta gelegt worden, sondern weil der Bau Ressourcen verschlinge, die der Bundeswehr dann anderswo fehlten, auch sei es zu sehr auf Blauhelmeinsätze unter Regie der UNO angelegt.

Die Entscheidung des Ministers hängt mit der Bildung einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflussraumes der BRD zusammen. Die militärische Absicherung des Expansionsraumes Ost ist für die BRD nur zum geringsten Teil ein maritimes Problem. Hier geht es um den verbundenen Land-/Luftkrieg. Und so ist das Zurückstekken beim Mehrzweckschiff mit einer gezielten Rüstungspolitik zur Gewinnung der Luftüberlegenheit verbunden. Oberst i.G. Servatius Maeßen, Referatsleiter im Führungsstab der Luftwaffe, führt eine jüngst veröffentlichte Beitrachtung³ auf den bewegenden Schlussappell hin: „Unser Leitmotiv ist nicht die Frage, Wieviel Luftwaffe braucht die Luftwaffe?“, sondern „Wieviel Luftmacht brauchen die Streitkräfte, braucht unser Land?“ Die Antwort in erster Näherung lautet: „Mehr denn je!“ Und wozu? Die Antwort, aus der selben Quelle geschöpft: „Die Operationsfähigkeit der Streitkräfte ist durch Luftüberlegenheit zu gewährleisten.“

Wo? Oberstleutnant Helmut Schelch-

horn, Referent im Führungsstab der Luftwaffe, zum „Jagdflugzeug der nächsten Generation“: „Innerhalb des Luftverteidigungs-Verbundsystems erfüllen die luftgestützten Waffensysteme folgende Funktionen: im Frieden die Kontrolle des Gesamtraumes, in Krise und Krieg bedrohte Räume insbesondere dort zu schützen, in denen durch bodengebundene Waffensysteme kein Schutz gewährleistet werden kann.“ Aufmerksam ist die hier ausufernde Verwendung des Begriffs des Raumes zu registrieren, in dem die militärische Planung politische Verhältnisse und zu repektierende Grenzen verschwinden läßt.

Bekanntlich hatte die untergegangene UdSSR eine so schlagkräftige Raumfahrt entwickelt, daß auch das heutige Rußland als Raumfahrtmacht noch ernstgenommen werden muß. Militärische Macht im Raum bedeutet vor allem Fähigkeit zur umfassenden militärischen Aufklärung. Wenn die BRD nach militärischer Überlegenheit im Expansionsraum Ost strebt, muß sie auf irgendeine Weise mit der Raumfahrt Rußlands gleichziehen oder diese überbieten. Und leider tut sich auch hier etwas. In Arbeit ist ein strategisches Satelliten-Aufklärungssystem (Helios und Osiris) in französisch (Aerospatiale)-deutscher (DASA) Kooperation. „Hier würden die Europäer erstmals in eine Domäne der Amerikaner einbrechen, die bisher allein über ein umfassendes strategisches Aufklärungssystem verfügen, gewonnene Daten aber nur selektiert an ihre Verbündeten weitergeben“⁴. Heinz-

mann von der DASA röhmt, die Osiris-Radar-Satelliten registrierten sogar nachts und durch Wolken hindurch getarnte und selbst vergrabene Dinge — z. B. Waffen.

Der Verteidigungsgedanke, der verlogen oder nicht, die Rüstung der BRD in der Nachkriegszeit legitimiert hat, wird umfassend abgelöst. Es geht um Macht im Ausland, darum, in den interessanten Räumen voll durchzublicken, sie bis soundsoviel Meter unter den Boden auzuspähen, ihnen ein Gefühl der vollendeten Wehrlosigkeit zu vermitteln, dahinter auch materiellen Nachdruck setzen, jederzeit und schnell irgendwo überlegene Militärfrau konzentrieren zu können.

Da die hierfür erforderlichen Rüstungsanstrengungen die Möglichkeiten auch des neuen Deutschlands überfordern, ist das Bündnis der alten Westmächte, die Nato, die politische Voraussetzung der deutschen Ostexpansion geworden. Eine Friedensbewegung gegen den neu ausgreifenden deutschen Imperialismus muß sich von vorneherein nicht nur mit dem Widerstand aus den direkt bedrohten Ländern verbinden, sondern auch die Kritik aus den indirekt in Anspruch genommenen Nachbarländern aufgreifen, die unvermeidlich zunehmen wird. — (maf)

Quellen:

- (1) „FAZ“ vom 4.5.
- (2) Siehe auch „PB“ Nr. 9/95, Seite 5
- (3) „Europäische Sicherheit“ Nr. 5, Mai 1995
- (4) „Handelsblatt“, 8.5.1995, Nr. 88

Bremen: 2,37 Prozent

Anmerkungen zum Wahlergebnis der PDS

Die Wahlen zur bremischen Bürgerschaft hatten für die PDS einen bundesweiten innerparteilichen Stellenwert. Der Bundesvorstand, der sich auf dem letzten Parteitag im Kampf gegen die Kommunistische Plattform profiliert hatte, wollte aus dem Bremen-Wahlkampf den Beweis für die Richtigkeit seiner Parteikonzeption ziehen. Bereits im Vorfeld der Wahl wurden erhebliche Geldmittel bereitgestellt, und Dietmar Bartsch, PDS-Schatzmeister, analysierte im *Neuen Deutschland*, Bremen sei aussichtsreich, dort sei die PDS nämlich, so Bartsch wörtlich, „frei von Sektierern“. Wegen des wegweisenden Charakters dieser Wahl wurde in dem kleinen Bundesland ein enormer finanzieller und personeller Aufwand getrieben. Nun liegt das Ergebnis mit 2,37 % absolut und relativ unter den Bundestagswahlen.

Allerdings konnte die Partei in fünf Bezirksbeiräten Mandate erringen und es ist wohl ziemlich wahrscheinlich, daß die Bremer Landespartei diesen Erfolg der Arbeit ihrer örtlichen Mitglieder verdankt, von denen viele auf eine langjährige Praxis in der bremischen DKP und anderswo verweisen können.

Es ist schon wahr, daß ein Einzug der PDS in die Bürgerschaft die politische Landschaft in der BRD verändert hätte. Hätte. Jetzt ist die Frage, wie sehr die Fehlspukulation auf die Partei zurückschlägt.

Der Partei wurde suggeriert, daß ihr der Erfolg dann sicher sei, wenn sie sich im öffentlichen Meinungsbild von ihrer eigenen Vergangenheit trennt. Im Osten besteht diese Vergangenheit nun mal aus der SED, in der es auch diverse Kreise und Schattierungen des Denkens gab, im Westen aus der DKP, den K-Gruppen und verschiedenen, oft noch erheblich kleineren (bis hin zur 1-Mann-Sekte) Linksabspaltungen aus der SPD und den Grünen. Die Vorstellung, daß die Partei aus dieser Haut schlüpfen könne, ist naiv, zu lernen bedeutet doch wohl auch, sich ein kritisches Bewußtsein von eigenen Voraussetzungen und eigener Vergangenheit zu erarbeiten.

Das Bremer Wahlergebnis zeigt, daß die PDS im Westen ein politisches Lager anspricht, das durch ein hohes Maß an außerparlamentarischer Aktivität gekennzeichnet ist und in dem die sogenannte „Altlinke“ eine quantitativ erhebliche und inhaltlich einflußreiche Rolle spielt. Das Wählerfeld der PDS drückt in der Tat eine lebendige Vielfalt linker und sozialistischer Politik aus. Wenn man es so sieht, wird vorstellbar, wie gefährlich die PDS lebt, wenn sie an diese keineswegs restlos individualisierte Menschenmenge mit Führungsansprüchen herantritt. Vermutlich bedeutet eine Ausgrenzungspolitik der PDS auch Ausgrenzung von PDS-Wählern.

Warum ist die Spekulation auf einen Erdrutsch in die Hose gegangen? Erstens einmal hat es einen Erdrutsch gegeben, die Analyse, daß sich kräftig was verschieben wird, war nicht falsch. Zweitens war auch richtig, daß die SPD betroffen sein würde, aber die Neubildung prägte sich am rechten Rand aus. Drittens ist was dran, wenn der Bundesvorstand der PDS anmerkt,

daß die PDS im Westen noch keine vor Ort gewachsene und vielfach verankerte Kraft sei. Trotzdem gibt es das Erdutschphänomen.

In den letzten Jahren war immer wieder zu beobachten, daß sich in der BRD Parteien starten lassen, durch die eine kleine Gruppe von Prominenten, Honoratioren oder Experten einen Aspekt der Meinungsbildung für sich herausgreifen und sich daran hochranken. Die politische Integration findet in solchen Fällen, nehmen wir die Hamburger „Stadt-Partei“ oder auch die Bremer „Aktion für Bremen“ unter Stichworten statt, die bereits gefallen und als klassische Korrektive anerkannt werden. (Gegen Parteien-Filz, Für Sparsamkeit usw.) Die Möglichkeit zu einem solchen Ausbruch scheint sich dann zu ergeben, wenn in den bestehenden politischen Strukturen gerade die landauf landab bekannten, naheliegenden Antworten auf offensichtliche Probleme nicht gegeben werden. (Kein Geld da? – Sparen!) In einer solchen Situation können Personen hervortreten, die für eine Korrektur stehen, die allseits bekannten und geschätzten Werte verkörpern oder das wenigstens glaubhaft vorgeben. Es ist bekannt, daß in solchen Parteien Mitglieder nur stören, weil der schöne Schein der Tugend beim näheren Hinsehen verfliegt.

In einer völlig anderen Situation befinden sich politische Strömungen, die auf die offensichtlichen Probleme neue Antworten suchen. Hier müssen diejenigen, die ein Problem empfinden, eine neue Kritik entwickeln. Eine Kritik kann aber nicht verkörpert werden, sie muß bedacht, geäußert und erörtert werden. Mit demagogischen Resonanzeffekten ist da nicht viel zu erreichen. Es zählen Argumente. Die Grünen konnten sich weitgehend neben „den Medien“ oder „dem Fernsehen“ zur Partei zu bilden, wer sie jetzt ernten sieht, muß sehen, wie sie geackert und gesäßt haben.

Die PDS als sozialistische Partei ist in der öffentlichen Meinung nicht nur auf Fortschritt festgelegt, sondern auf Fortschritt durch Emanzipation der Menschen, deren Lebens- und Arbeitsäußerungen durch die kapitalistische Gesellschaft entfremdet werden. Sozialistische Politik ist nicht nur Artikulation von Bedürfnissen, sondern unvermeidlich Selbstartikulation. Die Kritik des entfremdeten Lebens liegt in der öffentlichen Meinung nicht einfach vor, sie kann nur von den Betroffenen getragen werden. Parteien, die auf irgend eine Weise zur sozialistischen Bewegung gerechnet werden können, sind deswegen stets Mitgliederparteien gewesen, sie sind Einrichtungen, die politisches Selbst-Denken und Selbst-Handeln vermitteln und fördern.

Unter diesen Gesichtspunkten leuchtet ein, daß es bei der sozialistischen Parteibildung auf die Integration von Meinungsvielfalt in einem Diskurs ankommt, praktisch gesehen nicht auf die Vereinheitlichung, sondern auf die Pflege der Vielfalt der Kritikansätze und in der Politik auf das solidarische Eintreten für konkrete und nach Lebenssituation oft ziemlich verschiedene Schritte der Emanzipation.

— (maf)

PDS-Vorstand

Bremer Wahl „enttäuschend“

Entgegen zahlreichen Meinungsumfragen und trotz eines engagiert geführten Wahlkampfes verfehlte die PDS bei den vorgezogenen Bürgerschaftswahlen im Bundesland Bremen am 14. Mai 1995 ihr Ergebnis der Bundestagswahl knapp.

Sie erreichte 8170 Stimmen, das sind 2,37 Prozent.

Es bestätigte sich der Trend, daß die bei den Bundestagswahlen als

eine bundesweite, vor allem in den östlichen Bundesländern stark verankerte Kraft bei Wählern und Wählern Akzeptanz findet. Hingegen ist die PDS als landespolitischer Faktor bei Wahlen in westlichen Bundesländern ohne Bedeutung.

Das Bremer Wahlergebnis ist durch verschiedene Faktoren beeinflußt worden: die Sorge vieler Wählern und Wähler, daß Rot-Grün durch die PDS gefährdet wird, die Wirkung der Fünf-Prozent-Klausel und eine gerade in Bremen wirkende Medienblockade. Trotzdem bleibt als Hauptfaktor: Die PDS ist im Westen noch keine vor Ort gewachsene und dort in vielfacher Weise verankerte Kraft. Man traut ihr noch nicht zu, wirkungsvolle Beiträge zur Landes- und Kommunalpolitik zu leisten.

Die PDS ist über dieses Wahlergebnis enttäuscht, aber nicht entmutigt, weiter für ihre Verankerung im Westen zu arbeiten. Zur Konzeption einer bundesweiten Partei gibt es keine sinnvolle Alternative. In Bremen wird die PDS ihr außerparlamentarisches Engagement verstärken. Wir haben im Wahlkampf viele neue Mitglieder, Freundinnen und Freunde gefunden — Opposition ist und bleibt notwendig.

Die nun möglich gewordene rot-grüne Koalition wird nur eine wirkliche Reformpolitik machen, wenn sie nicht nur von rechts, sondern auch von einer starken außerparlamentarischen Opposition unter Druck gesetzt wird.

Wichtig ist, daß die DVU trotz eines millionenschweren Wahlkampfes in Bremen nicht wieder ins Landesparlament einziehen konnte.

Die Ausgangsbedingungen für die PDS bei den Bremer Bürgerschaftswahlen waren kompliziert. Durch die Entscheidung, diese Wahl nicht wie vorgesehen im September, sondern bereits im Mai durchzuführen, war die Vorbereitungszeit extrem kurz. Nachdem die Bilanz der Ampel über-

wiegend negativ empfunden wurde, befanden sich viele in Sorge, daß nach der Ampel ein CDU-geführter Senat die Folge sein könnte. Dieses führte dazu, daß die Wahl von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als kleineres Übel erschien. Diesem Sog und der Besorgnis, daß die Stimmen für die PDS, wenn sie unter fünf Prozent bleibt, „verloren“ sind, konnten wir zu wenig entgegensezten.

Wir haben im Wahlkampf viele neue Kontakte geknüpft und sind in den landespolitischen Auseinandersetzungen politikfähig geworden. Durch die Wahl von fünf Beiräten (in Walle, Neustadt, Schwach-

hausen, östliche Vorstadt und Mitte) sind erstmals PDS-Politiker in westlichen Kommunalparlamenten vertreten.

(Presseerklärung vom 15. Mai 1995)

Claudia Gohde, Wahlbüro

„Wir haben es leider nicht geschafft“

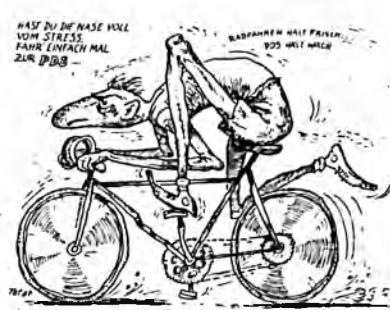
In einem ersten Rundschreiben des Bremer Wahlbüros, gezeichnet von Bundesvorstandsmitglied Claudia Gohde, heißt es u.a.:

... Wir haben für 10 Beiräte (entspricht der kommunalpolitischen Ebene in Bremen) kandidiert, davon haben wir in fünf Beiräten jeweils einen Sitz erlangen können. (In 3 Beiräten mehr Stimmen für den Beirat als für die Bürgerschaftswahl)

Unter dem Strich ist das Ergebnis enttäuschend. Es liegt unter dem Ergebnis der Bundestagswahl, aber immerhin über dem Ergebnis der Europawahl.

... haben wir verabredet, daß unsere Beiräte den Kern einer kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft in Bremen bilden werden, mit der die im Wahlkampf entstandenen Kontakte zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgebaut werden sollen ... Immerhin haben wir in Bremen während des Wahlkampfes die Mitgliederzahl um 50 % steigern können. Die KandidatInnen und der aktive Kern des Wahlbüros werden weiter zusammenarbeiten und an der Politikfähigkeit des Bremer Landesverbandes weiterarbeiten. Für Eure Unterstützung sagen wir Euch ganz, ganz herzlichen Dank. Es hat nicht sollen sein, dennoch, wir machen weiter.

(Landesverband Bremen, Wahlbüro, 15. Mai)





Frankreichs Konzerne haben ihre Gewinne 1994 gegenüber 1993 mehr als versechsfacht. Die 25 größten Konzerne des Landes hatten 1993 einen Reingewinn von 4954 Millionen Francs. 1994 waren es 34 615 Millionen Francs! Warum sollten sich die französischen Lohnabhängigen da zurückhalten?

Rechte in Frankreich erfolgreich

Kommt nach dem Wahlsieg Chiracs auf der Linken ein Diskurs über den Widerstand voran?

Die französische Rechte hat erwartungsgemäß den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gewonnen. Jacques Chirac wurde mit nur 49,5 % der abgegebenen Stimmen gewählt — das schwächste Ergebnis bei Präsidentschaftswahlen in der fünften Republik. In mehr als zwei Dritteln der Departements (68 von 95) erhielt er mehr Stimmen als Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei. Im zweiten Wahlgang ist die Beteiligung weiter gesunken, von 39 Millionen Wahlberechtigten haben noch 31,4 Millionen gewählt. 29,5 Millionen haben ihre Stimme einem der beiden Kandidaten gegeben. Knapp 1,9 Millionen (fast eine Million mehr als im ersten Wahlgang) haben weder für Chirac noch für Jospin auf dem Stimmzettel angekreuzt.

Chirac hat die Stimmen für das bürgerliche Lager aus dem ersten Wahlgang weitgehend gewinnen können, während ihm ein nicht unbedeutender Teil der Wähler von Le Pens Front National seine Stimme verweigert hat (20 % derjenigen, die am zweiten Wahlgang teilgenommen haben). Chirac hat die sieben Departements, in denen Le Pen als Kandidat mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang kam, auf sich ziehen können. In diesen Departements ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich gesunken. Teile des Anhangs Le Pens versprechen sich von der bürgerlichen Präsidentschaft nichts und sind also auch nicht wählen gegangen. 23 % der Wähler Le Pens, die am zweiten Wahlgang teilgenommen haben, gaben ihre Stimme Jospin. In den beiden Departements des Alsace hatte Le Pen seine besten Ergebnisse erzielt: 25,99 % im Dep. Bas-Rhin, 24,80 % im Dep. Haut-Rhin. Der erschreckend hohe Stimmanteil für die Rechte insgesamt in diesen beiden Departements ist im zweiten Wahlgang um einiges gesunken: von 70 % auf 56,4 % in Haut-Rhin,

von 71,6 % auf 58,8 % in Bas-Rhin. Hier hat Le Pens Empfehlung, keinen der beiden Kandidaten zu wählen oder nicht zur Wahl zu gehen, den größten Anklang gefunden. Das Wahlergebnis bestätigt so auch: Le Pens Front National verfügt über einen nicht unbeträchtlichen Anhang, der sich im Grundsätzlichen auf die FN stützt und sich auch nur von einer Durchsetzung der Politik der FN etwas verspricht. Die Anhangsbildung der Front National als Willensäußerung von „Protestwählern“ zu bezeichnen, wird den Entwicklungen in der französischen Gesellschaft nicht gerecht.

Die Wähler der Linken haben weitgehend den Kandidaten der PS unterstützt: die Wähler Robert Hues, Kandidat der Kommunistischen Partei (PCF), die sich am zweiten Wahlgang beteiligten, haben zu 86 % Jospin ihre Stimme gegeben. Bei der trotzkistischen Lutte Ouvrière waren immerhin 22 % für Chirac und 12 % haben für keinen der beiden Kandidaten gestimmt. Bei den Wählern der Grünen: 60 % für Jospin, 26 % für Chirac und 14 % „weiß“ bzw. „null“. Von den Wählern der PCF sind nach Angaben der *l'Humanité* zwischen 13 und 19 % dem zweiten Wahlgang ferngeblieben. Diejenigen, die Jospin ihre Stimme gaben, wollten vor allem eine Übernahme des Präsidentenamtes durch die Rechte verhindern.

Die Rechte verfügt jetzt neben der überwältigenden Mehrheit in der Nationalversammlung und im Senat, in 20 von 22 Regionalräten, in 75 Provinzräten und in der Mehrheit der Gemeinden auch noch über die Machtinstrumente des Präsidentschaftsamtes. Sie kann nahezu ungestört von parlamentarischer Kritik und Opposition ihre politischen Absichten verwirklichen. Chirac wird die von Balladur vorgesehenen Privatisierungen fortsetzen: Von ursprünglich 21 stehen noch vierzehn Un-

ternehmen auf der Liste der Privatisierung. Die gemachten sozialen Versprechen Chiracs werden sich kaum durch die Einnahmen aus den Privatisierungsvorhaben erledigen lassen. Wie schon 1993 muß das Defizit der Sozialhaushalte (etwa 100 Mrd. Francs) auf die Staatsschuld übernommen werden. Diese beträgt mittlerweile 3000 Milliarden Francs — ein Ansteigen um 50 % innerhalb von zwei Jahren! Das öffentliche Haushaltsdefizit ist 1994 auf 442 Mrd. Francs angewachsen. Konzerne und Unternehmer sollen aus den Sozialhaushalten Geldmittel zur Verfügung erhalten, zur Modernisierung und für Beschäftigung. Zusätzlich sollen die Unternehmen mit 2000 Francs monatlich gefüttert werden, die Langzeitarbeitslose ein Jahr lang beschäftigen. Eine Steuerreform ist angekündigt und die *Grande Nation* wird ihre Atomwaffentests fortsetzen ...

Wie verständigt sich die französische Linke angesichts dieser Lage? Die PCF will daran mitwirken, eine Oppositionsbewegung aufzubauen, damit der Widerstand gegen die Rechte sich organisiert kann. Robert Hue hat in bezug auf das Ergebnis der PCF dazu erklärt: „Der Fortschritt der kommunistischen Kandidatur hat schließlich auch den Willen ausgedrückt nach einer neuen Gangart, einem neuen politischen Projekt, das den Pluralismus der französischen Linken vollständig respektiert; mit einem einflußreicherem kommunistischen Bestandteil. Andere Stimmen haben sich auch geäußert mit anderen Konzeptionen, als wir sie haben, mit dem Willen zu einer radikalen Auseinandersetzung mit dem, was sich die letzten Jahre entwickelt und schließlich zur Übernahme der Macht durch die Rechte 1993 und 1995 geführt hat. Tatsächlich ist es angesichts des sozialen Systems, das wir haben, eine Sackgasse, als bevorzugten Weg den Wechsel zwischen

Liberalismus und Sozialdemokratie anzusehen. Wie soll es zu Veränderungen kommen, wenn man nicht an das Wesentliche stößt: die Regeln des sozialen Lebens, wo das Geld als Herrscher regiert ..., wo die Bedürfnisse und Bestrebungen der Menschen mit Füßen getreten werden.“ Hue hat angekündigt, daß die PCF alles tun werde, um sich der Politik Chiracs entgegenzustellen. Es sei nötig, daß sich die linken Kräfte zusammenschließen, um eine neue Alternative zu entwickeln. Ohne Hege monie oder Führerschaft einer Richtung der Linken, in ihrer Pluralität und Differenziertheit.

Arlette Laguiller, Kandidatin der trotzkistischen Lutte Ouvrière, hat ebenfalls ein Angebot zur Zusammenarbeit der Linken gemacht. Sie bezweifelt, daß eine Zusammenarbeit der PCF mit der Sozialistischen Partei — wie sie die PCF konkret zu den im Juni stattfindenden Kommunalwahlen anstrebt — von Nutzen für die Lohnabhängigen sei. Stattdessen fehle „an der Seite der Kommunistischen Partei eine Partei, die wirklich die politischen Interessen aller Arbeiter, Arbeitslosen, Jungen und Ausgegrenzten repräsentiert“.

Vielleicht kann die französische Linke in den hartnäckigen Lohnkämpfen der verschiedensten Branchen, die auch in den Präsidentschaftswahlen eine nicht zu übersehende Rolle gespielt haben, erstmals nach den Wahlen unter Beweis stellen, daß sie für die arbeitenden und lohnabhängigen Schichten eine Kraft zur Unterstützung ihrer Anliegen ist.

Arlette Laguiller: „Man muß Chirac zu einer allgemeinen und wesentlichen Erhöhung der Löhne um 1500 Francs zwingen. Das sind etwa 25 % für die untersten Löhne, und sowas wurde schon Mal im Mai 68 durchgesetzt!“ Das hätte sicherlich auch Wirkungen auf die Kommunalwahlen im Juni. — (map)

Tschechischer Botschafter provoziert

Rechte erheben offen revanchistische Ansprüche — Ein Bericht aus München

Zum Thema „Deutschland und die Tschechen“ sprach der Botschafter der Tschechischen Republik, Jiri Grusa, bei einer Veranstaltung am 4. April in München.

Ein heißes Thema zu einem heißen Zeitpunkt: Am 8. März hat das tschechische Verfassungsgericht entschieden, daß das sog. Benesch-Dekret Nr. 108 rechtsgültig war und ist. 1945 hatte der damalige bürgerliche Präsident der Tschechoslowakei, Edvard Benesch, mit diesem Dekret die Enteignung der Deutschen verfügt. Das Gericht hat mit seiner jetzigen Entscheidung die Klage eines Sudetendeutschen abgewiesen, der „seine“ Immobilien wiederhaben will.

Kurz vorher, am 17. Februar 1995, hatte der tschechische Präsident Vaclav Havel in der Prager Karls-Universität eine Rede gehalten. Darin sagte er: „Unsere Republik wird niemals auf eine Korrektur der Geschichte auf Kosten unserer Zeitgenossen eingehen.“ Außenminister Kinkel fand das „enttäuschend“ und machte erneut die Entschädigung der tschechischen Nazi-Opfer durch die BRD. Kinkel in seiner Regierungserklärung vom 17. März: „Wer heilen will, muß die ganze Wunde, nicht nur einen Teil von ihr versorgen.“

Der Saal im Bayerischen Hauptstaatsarchiv ist mit etwa 300 Zuhörern total überfüllt. Aufgeregte Erwartung. Gäste werden begrüßt: drei Generalkonsule, der bayerische Sozialminister Gebhard Glück sowie — „stelltvertretend für die vielen aus den bayerischen Staatsministerien, die heute sicherlich unter uns sind“ — ein Ministerialdirigent aus Stoibers Staatskanzlei. Als oberster Repräsentant der Sudetendeutschen Verbände nimmt der Präsident ihrer Bundesversammlung, Hans Sehling, teil. Als Veranstalter fungieren die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und das „Haus des Deutschen Ostens“.

Der tschechische Botschafter wird mit höflichem Klatschen begrüßt. Seine Rede enthält etliche ziemlich antikommunistische Passagen, aber das war zu erwarten. Ansonsten versucht Jiri Grusa, historische Zusammenhänge und Entwicklungsbögen nachzuzeichnen, auf deren Hintergrund sich die deutsch-tschechischen Beziehungen über die Jahrhunderte entwickelt haben. Da ist Wissen mit Witz verbunden, da wird mit feinem Strich gezeichnet, und doch werden große Linien gezogen. Da wird geduldig versucht, den Geist der Zuhörer für eine Sichtweise zu öffnen, die das eigene Schicksal in größere Zusammenhänge einordnet, die nicht immer nur nach Schuld und Sühne fragt oder doch wenigstens anerkennt, daß sie selbst in dieser Geschichte nicht nur Erleidende waren. Nicht die Spur eines Vorwurfs

ist dabei in seiner Stimme, nicht einmal, als er, nun im 20. Jahrhundert angekommen, feststellt: „Ohne ‚Umwölkung‘ keine Vertreibung.“ Und es klingt völlig undramatisch, fast beiläufig, als er fortfährt und die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg eine „Umwölkung mit entgegengesetztem Zeichen“ nennt.

Ein brisanter Vergleich. „Umwölkung“ war die Methode der Nazis, aus ihren Unterstützern und Mitläufern in der Tschechoslowakei deutsche Staatsbürger zu machen und tschechisches

de braucht deutsche Besitzer: „Wenn wir über die Grenze in die Heimat fahren und sehen die verrotteten Dörfer, da können wir nur sagen: Vergewaltigte Heimat!“

„Die Verrottung“, sagt der Botschafter, und seine Stimme ist schärfer geworden, „ist eine Folge des furchtbaren Krieges.“ Damit meint er auch den Sozialismus. Der sei schließlich keine Leistung des „tschechischen Wesens“ gewesen. „Marx war kein Tscheche“, sagt er, und einer aus dem Publikum antwortet: „Und Hitler war kein Deutscher.“

Jahren, 1935, wählten zwei Drittel der Sudetendeutschen die Nazi-Partei. Aber was, so fragt der Botschafter, nützen uns die ewigen gegenseitigen Schuldzuweisungen? Es gibt immer 46 Vorwürfe auf der einen Seite und 48 auf der anderen. Und wenn der eine sagt: sechs, sagt der andere: acht. „So kommen wir nicht weiter.“ „Die Benesch-Dekrete müssen weg!“ ruft einer im Saal und erntet dafür heftigen Applaus.

Während der Botschafter sein zunehmendes Entsetzen über diese Art „Dialog“ nicht verbergen kann, scheint es für die Sudetendeutschen die ganz nor-

male Bandbreite einer ganz normalen Debatte zu sein. Auf Provokationen folgt auch wieder mal ein freundlicher Redebeitrag und darauf wieder diese unsägliche Mischung aus Selbstmitleid und Gier.

„Wenn Sie über Eigentum reden“, sagt der Botschafter, „dürfen Sie die totale Verarmung unseres Landes nicht vergessen.“ Eine Arbeitsstunde kostet deutsche Unternehmer in der CR im Durchschnitt 3,00 DM im Vergleich zu 42,70 DM in der BRD (siehe z.B. Graphik der Süddeutschen Zeitung, 14.3.95). Das Gelächter ist wie eine schallende Ohrfeige. „Alle sind nicht so arm“, schreit eine teuer frisierte ältere Dame neben mir. „Es gibt auch Reiche.“ Ja, da gibt's, und es ist selbstverständlich für die hier, daß sie zu ihnen gehören würden.

„Das ist nicht zum Lachen“, sagt der Botschafter.

„Sie sollten eines bedenken, der Ursprung der Katastrophe liegt für meine Landsleute im Jahre 1938.“ 1938 das Jahr des Münchner Abkommens das Hitler das „Recht“ gab, das sog. Sudetenland zu annexieren — als Auftak zur vollständigen Besetzung und Unterjochung des Landes. Aber die Sudetendeutschen, im Vollgefühl des Unrechts das ihnen geschehen ist, schreien zurück: „1918!!!“

„Ich vertrete einen Staat“, sagt der Botschafter, nun mit eiserner Ruhe und großer Würde, und es ist keinerlei Weinen um Zustimmung oder Verständnis mehr in seiner Stimme, „der 1918 gegründet wurde. Ich kann es nicht ändern. Denjenigen, die bis heute nach 7 Jahren die Existenz der Tschechischen Republik noch immer nicht geschluckt haben, denen kann ich nicht helfen.“

Nach der Ankündigung weiterer Veranstaltungen ist die Versammlung zu Ende. Am Ausgang liegt das Veranstaltungsprogramm vom „Haus des Deutschen Ostens“ für April bis Juni 1995. Angekündigt wird u.a. für den 8. Mai eine „Gedenkstunde für die Opfer vor Flucht und Vertreibung“ und für den 25. Juni die Einweihung eines Ehrenmal: „für die Gefallenen der ost- und westpreußischen Truppenteile“ unter der Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber — (rh, aus: „Münchner Lokalberichte“)



1986: Die Ober-Revanchisten Strauß und Kohl bei der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“. Bild: KAZ.

Territorium auf diese Weise „einzudeutschen“. Dieses Vorgehen war Teil der imperialistischen Unterwerfung des Nachbarlandes; Teil des Krieges. Die Aussiedlung der Deutschen sollte eine Wiederholung dieser Vorgänge unmöglich machen. Der Biedermann, der sich als Brandstifter betätigt hatte, wurde aus dem Haus geworfen. „Brandstiftung mit entgegengesetztem Zeichen“?

Die Tschechen haben Präsident Havel heftig kritisiert, als er 1990 in einer Rede die Aussiedlung der Deutschen „Vertreibung“ nannte und sich dafür entschuldigte. Der Botschafter hat nicht nur von „Vertreibung“ gesprochen, sondern auch noch diesen Vergleich mit der Nazi-Politik gezogen. Er hat diese Aussage auf seine eigene Kappe genommen mit dem Einleitungssatz, er werde so sprechen, wie sein eigenes Denken es ihm gebietet und sein Amt es ihm nicht verbietet.

Im Saal ist keinerlei Reaktion auf die Worte des Botschafters zu bemerken. Hört überhaupt jemand zu? Mir scheint, man wartet nur auf das Ende.

Seine Rede sei sehr philosophisch, sozialpsychologisch, ja literarisch gewesen, wird dem Botschafter denn auch, kaum ist die Diskussion eröffnet, von dem obersten Sudetendeutschen, Hans Sehling, bescheinigt — „aber wir haben doch mehr erwartet“. Was ist mit dem Urteil von Brünn? Die tschechische Er-

Der Botschafter versucht, die Zuhörer an ihrer eigenen antikommunistischen Eitelkeit zu packen. Das geht schief. Die Tschechische Republik, sagt er, sei wie die ehemalige DDR ohne den Westen. „Stellen Sie sich vor, was in der ehemaligen DDR wäre, wenn Sie dort nicht mit 600 Milliarden Mark geholfen hätten. Die CR mußte alles allein vorbringen, und sie hat viel geschafft.“ Das mit den 600 Milliarden wissen die hier, mit den vielen aus den Ministerien unter ihnen, besser. Außerdem wollen sie ja gerade das mit der CR machen dürfen, was mit der DDR gemacht wurde. Ihr höhnisches Gelächter ergießt sich über den Botschafter. Dieser: „Ich bitte: Nur kein Hochmut!“

Von Versöhnung und Dialog und Die-Hand-Reichen ist wieder die Rede. Das ist kein Angebot, sondern eine Forderung. Die Tschechen wollen doch in die EU, und in der EU, da haben wir gewisse Standards ...

„Wenn Sie uns die Hand reichen“, sagt der Botschafter, „tun Sie das aufrechtig und stellen Sie keine Bedingungen.“ Wieder geht ein Lachen durch den Saal.

Einer fängt wieder an mit den Benesch-Dekreten und dem Brünner Urteil. „Wir reden die ganze Zeit“, sagt der Botschafter, „über diese Benesch-Dekrete. Wann reden wir über das, was in den ganzen 60 Jahren geschah?“ Vor 60

KP Kubas gegen Blockadeverschärfung

Der US-Kongress bereitet ein Gesetz zur Verschärfung des Handelsembargos vor

Der US-Kongress wird demnächst über ein Gesetz zur Verschärfung des Handelsembargos gegen Kuba beraten. Auf Initiative der Republikaner sollen künftig Sanktionen auch gegen Firmen aus Drittländern verhängt werden. Unternehmen, die Geschäfte mit Kuba machen, sollen in den USA benachteiligt werden. Die Kommunistische Partei Kubas wendet sich mit dem folgenden Protestschreiben „an alle Parteien und befreundeten Organisationen“. — (alk)

Wie schon bekannt, gibt es fortgesetzte Versuche — gefördert und unterstützt durch die US-republikanische Ultra-rechte und die reaktionärsten Sektoren der kubanischen Gemeinschaft in den USA — den Kongress zur Verabsiedlung eines durch die US-Abgeordneten Helms und Burton vorgeschlagenen Gesetzes zu bewegen. Dieses neue Manöver soll die illegale Blockade gegen Kuba verschärfen und internationalisieren und damit die Souveränität aller Nationen unterminieren.

Dieses Gesetz, das die grundlegendsten Standards des internationalen Rechts und des freien Handels verletzt, versucht, ein Gerichtsverfahren gegen jede juristische Person durchzusetzen, deren wirtschaftliche Verbindungen zu Kuba ehemaliges US-Eigentum berühren, das nach dem Triumph der Revolution nationalisiert wurde.

In unserem Land wurde der Nationalisierungsprozeß auf absolut legale Weise und in Übereinstimmung mit internationalem Recht durchgeführt; gemäß der Verfassung von 1940 und dem „Fundamental Act“ von 1959. Von daher kann kategorisch versichert werden, daß es kein US-Eigentum in Kuba gibt.

Als Bestandteil dieser Prozesse hat die kubanische Regierung stets eine Kompensation für nationalisierte

ges Eigentum als ein adäquates Thema für Verhandlung und Abkommen in Betracht gezogen. Das hat sich bei ähnlichen Vereinbarungen, die mit anderen Herkunftslanden ehemaliger Eigentümer nationalisierten Eigentums getroffen wurden, deutlich gezeigt.

Seit mehr als 30 Jahren hat Kuba seine Bereitschaft wiederholt, dieses Thema mit den USA zu verhandeln. Das wurde seitens der US-Regierung ignoriert, denn ihr tatsächliches Ziel ist nicht, einen Ausgleich für ihre Bürger zu sichern, sondern das derzeitige politische und ökonomische System zu stürzen, das in Kuba aufgrund der souveränen Entscheidung seiner Bürger existiert.

Als ein neues, unakzeptables Element gibt es einen noch nie dagewesenen Fakt in der Rechtspraxis und dem internationalen Recht in den USA: In dem Helm-Burton-Gesetz beinhaltet die Kategorie der von dem Nationalisierungsprozeß betroffenen Eigentümer auch Menschen kubanischer Herkunft, die jetzt zwar US-Staatsbürger sind, aber zur Zeit der Enteignung kubanische Staatsbürger waren. Dies würde, zusammen mit allen anderen Bedingungen, den Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und

Kuba zur Normalisierung ihrer Beziehungen unmöglich machen.

Noch einmal, das Gesetz macht deutlich, die Blockade gegen Kuba ist nicht — wie die US-Regierung behauptet — eine bilaterale Angelegenheit, sondern ein Instrument ihrer aktiven globalen Politik gegen unser Land, eine Politik, die sich ständig verschärft und die in diesem speziellen Fall den Anspruch hat, den Fortschritt, den Kuba bei seiner Neuorientierung seines internationalen Handels und seiner finanziellen Beziehungen durch Entwicklung von Joint ventures mit ausländischem Kapital gemacht hat, zurückzudrehen. Das wird getan durch das ständige und fruchtbare Vorhaben, Kuba wirtschaftlich zu erdrosseln, während man dann strebt, „eine Quarantäne“ zu verkünden mit dem Ziel, für sich selbst die Exklusivität für die Märkte und Investitionen in Kuba zu bewahren.

Das Helms-Burton-Gesetz ist eine umfassende Verletzung der Souveränität aller Staaten. Es versucht, die Rolle des US-Imperialismus als Weltgendarm neu zu bestätigen, und das nicht nur aufgrund seines extraterritorialen Charakters, seiner Einflußnahme in Angelegenheiten, die in der ausschließlichen Verantwortlichkeit der Bürger

aus Dritt-Welt-Ländern sind, und der vorgeschlagenen Repressalien gegen jene, die wirtschaftliche Verbindungen mit Kuba haben. Auch würde es die US-Regierung verstärken, diese Maßnahmen nicht nur gegen Kuba zu verhängen, sondern ebenso gegen jegliches Land im Falle möglicher Ansprüche, die die jetzige US-Bürger gegen Enteignungen geltend machen könnten.

In unserem speziellen Fall ist es auch noch eine Beleidigung und eine flagrante Verletzung der Prinzipien von Souveränität, Selbstbestimmung und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, weil es versucht, die „Schritte“ und die „Anforderungen“ für die „Demokratisierung“ unseres Landes zu diktieren. Dabei wird anscheinend vergessen, daß unser Land ein vollkommen unabhängiges Land ist und mit Sicherheit dazu bestimmt, genau das auch zu bleiben.

In den vergangenen drei Jahren hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit drei Resolutionen angenommen, die die Blockade gegen Kuba verurteilen. Ebenfalls gibt es eine große internationale Solidaritätsbewegung, die eine vorbehaltlose Aufhebung der Blockade fordert. Die Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes würde also eine offene Herausforderung an den Willen der internationalen Gemeinschaft sein.

Wir rufen alle Parteien und befreundeten Organisationen auf, erneut ihre Solidarität mit unserem Land auszudrücken, ihre Anstrengungen gegen dieses schmutzige Anti-Kuba-Manöver zu verstärken und noch einmal das volle Recht des kubanischen Volkes zu bestätigen, frei und ohne Druck oder Bedingungen über sein Schicksal zu bestimmen.

(Havanna, Kuba, 14. April 1995)



1. Mai in der Türkei: Große Beteiligung

Internationale Gewerkschafterdelegation zu Besuch in Izmir und anderen Städten

Eine internationale Delegation mit Teilnehmern aus Griechenland, England, Irland und Deutschland ist einer Einladung von türkischen Gewerkschaften gefolgt und hat an den 1. Mai-Feiern in Izmir, Istanbul und Zonguldak teilgenommen. Ein Delegationsteilnehmer aus Stuttgart schildert seine Eindrücke aus Izmir.

Die Dachorganisation der türkischen Gewerkschaften Türk-Is hatte bereits für den 30. April 1995 zu Demonstrationen in Izmir und Ankara aufgerufen, um gegen die geplanten Rentengesetze zu protestieren. Die Regierung Ciller will Altersrente erst ab dem 60. Lebensjahr und nach 30 Versicherungsjahren gewähren. Wer aber in der Türkei hat schon einen festen Arbeitsplatz? Kündigungsschutz gibt es nicht, und Gewerkschafter werden verfolgt. Knapp jeder zweite ist ohne Arbeit. Deshalb hieß die Hauptlösung auf der Kundgebung in Izmir am 30. April 1995: „Vor der Rente ins Grab — NEIN!“

Allein in Izmir beteiligten sich rund

60000 Gewerkschafter aus allen Branchen an der Demonstration und Kundgebung am Hafen. Die Sondereinsatzgruppe der Polizei stand an jeder Ecke, jeder Demonstrant wurde bei Betreten des Platzes von Polizeiketten aufgehalten und durchsucht. Mehrere Kriegsschiffe lagen im Hafen und dokumentierten die Provokationen des Staatsapparates. Trotzdem marschierten die Gewerkschaften auf mit Sprechchören, Tänzen und Musik. Zehntausendfach sah man die Papiermützen mit der Lösung gegen die Rentengesetzgebung. Die große Zahl der Demonstranten übertraf jede Voraussage.

Aber die Gewerkschaftsbewegung und vor allem der Dachverband Türk-Is ist immer noch national geprägt. So hing vorn am Rednerpult die türkische Nationalflagge neben einem Riesenporträt des türkischen Staatsgründers Ataturk. Mehrere Demonstranten trugen die türkischen Nationalflagge. Und die Demonstration wurde absichtlich auf Sonntag, den 30. April, und nicht auf den 1. Mai gelegt. Damit wurde die Mo-

bilisierung zum 1. Mai geschwächt und die Loyalität gegenüber dem Staat unterstrichen. Die Führung bei Türk-Is ist staatstreu, aber es gibt auch eine starke Opposition. Offen eskalierte dieser Konflikt am darauffolgenden 1. Mai.

Wieder marschierten die Gewerkschaften auf, obwohl dieser Tag in der Türkei kein Feiertag ist und das Fernbleiben vom Arbeitsplatz Entlassung nach sich ziehen kann. Trotzdem versammelten sich 20000 am Hafen, um den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse zu begehen. Wichtige Forderungen waren: Brot, Arbeit, Freiheit, Sozialismus. Im Organisationskomitee der Veranstaltung gab es während der Kundgebung eine Abstimmung, ob die türkische Nationalhymne gesungen werden soll. Als sich die Mehrheit gegen die Hymne aussprach, forderten einige Vorstandsmitglieder der Türk-Is dazu auf, die Versammlung zu verlassen. Ungefähr die Hälfte der Demonstranten verließ dann den Kundgebungsplatz.

Die Grußbotschaft des Stuttgarter DGB-Kreisvorsitzenden Wolfgang

Brach konnte auf dieser Kundgebung offiziell verlesen werden. Aber es wurde die Zensur ausgeübt: So mußten alle Passagen, in denen die Verhaftungen und Folterungen erwähnt wurden und in denen der deutsche Waffenexport verurteilt wurde, gestrichen werden! Der Krieg in Kurdistan durfte mit keinem Wort erwähnt werden. Eine kritische Auseinandersetzung wird von den türkischen Machthabern nicht geduldet und der Dach-Gewerkschaftsverband beugt sich.

Trotz aller Behinderungen wurden die Gewerkschafter aus dem Ausland von den Zehntausenden mit Begeisterung empfangen. Allein ihre Anwesenheit, aber auch die verlesenen Grußbotschaften drückten die internationale Verbundenheit im Kampf gegen Unterdrückung aus und verhinderte vielleicht Übergriffe von Polizei und Militär. In der Bewertung der 1. Mai-Feiern durch die türkischen Gewerkschaften wurden sie als großer Fortschritt eingeschätzt. Es waren die größten Kundgebungen seit 1977. — (ros)

Dachau, 50 Jahre später

Nachdenkliches zur Gedenkveranstaltung

Am 29. April 1945 endete die Geschichte des ersten Konzentrationslagers auf deutschem Boden, die Überlebenden des Vernichtungslagers Dachau wurden befreit. Ganz im Sinne ihres Schwurs „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Dachau“ sollte die Veranstaltung in der Gedenkstätte stehen, eine Veranstaltung, zu der die Bayerische Staatsregierung gemeinsam mit dem Internationalen Dachau-Komitee eingeladen hatte, eine Veranstaltung, zu der Überlebende des Grauens aus verschiedenen Ländern angereist waren.

Auf der Straße, die zur Gedenkstätte führt, wurden sie auf Transparenten in vielen Sprachen begrüßt. Diese hatte allerdings nicht der Herr Ministerpräsident aufstellen lassen. Er tat dies vielmehr in einer Ansprache, deren Kernsätze wir uns einmal etwas genauer anschauen sollten. Ehrlich, wie er es nun einmal ist, räumte er gleich zu Beginn ein:

„Was Sie, die ehemaligen Häftlinge und die Befreier von der amerikanischen Armee, in diesen Stunden hier in Dachau bewegen mag, kann ich nur ahnen.“ (1)

Da mag er Recht haben. Recht hat er auch, wenn er sagt:

„Es gibt keinen Weg, unter dieses dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte einen Schlußstrich zu ziehen ... Die Dimension der Verbrechen des Dritten Reichs stellt uns und die kommenden Generationen in die fortwährende Verantwortung, daß sich solches nicht wiederholt.“ (1)

Der Vorsitzende des Internationalen Dachau-Komitees, André Delpech, war da wohl noch etwas konsequenter, als er forderte, „die jüngeren Generationen sollten über die Gründe, die zu den Millionen Opfern der Konzentrationslager geführt haben, nachdenken.“ (2)

Und genau das hatten einige von ihnen dann auch getan.

„Sklavenarbeit, insbesondere in Rüstungsbetrieben, „Vernichtung durch Arbeit“, medizinische Experimente (3) an den Häftlingen, weist dies nicht nur zu deutlich auf die ökonomische Interessenlage hin? „1941 wird eine medizi-

nische Versuchsstation in Dachau eingerichtet und die ersten biochemischen Mittel werden an Häftlingen ausprobiert. Weitere medizinische Versuche mit schlimmen Ergebnissen folgten ... Ab 1942 begann der Arbeitseinsatz der Häftlinge in Rüstungsbetrieben für Kriegsaufgaben.“ (4)

Wem eigentlich nützte dies, wenn nicht der Rüstungs- und Chemieindustrie? Ist es da nicht konsequent, wenn auf einem Transparent, das eben nachdenkliche und nachdenkende Vertreter einer neuen Generation mitbrächten, die Behauptung aufgestellt wird „Die Täter haben einen Namen“ und damit auf die Kriegsgewinner im deutschen Kapital hingewiesen wird? Zu ihrer Begrüßung konnten die Gäste der Kundgebung dieses Transparent auch noch lesen, später nicht mehr. Da war es dann bereits von der Polizei beschlagnahmt.

Wie ernst wollen wir es denn nun nehmen mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit? Sollen wir nur bewegt sein, oder dürfen wir da auch schon mal was bewegen? Nun, Herr Dr. Stoiber meint ja nun:

„Das deutsche Volk hat aus dieser Katastrophe gelernt und eindeutige Konsequenzen gezogen. Das gilt für das innerstaatliche wie für das zwischenstaatliche Leben.“ (1)

Gerade dazu meldet Herr Romani Rose aber, der ebenso wie der Herr Ministerpräsident anmahnt, daß da kein Schlußstrich gezogen werden dürfe, so seine Bedenken an.

„Mit Hilfe der westlichen Alliierten konnten sich die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen eine freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Ordnung geben.“ (1)



Die Ordnungsmacht greift ein ... gegen ein Transparent (Bild unten).

Wo eigentlich gelangten die Herren Globke und Speydel zu neuen Würden, und wo war Antifaschismus sogar staatlich verordnet?

„Die Bekämpfung des Extremismus und die Verteidigung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates haben in Deutschland Verfassungsrang. (1)

Die Realität zeigt jedoch:

„... keineswegs haben Phänomene wie Rassismus und Antisemitismus mit dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reiches‘ im Jahr 1945 ihr Ende gefunden. Mit Sorge beobachten wir heute eine dramatische Zunahme rechter Gewalt gegen Ausländer, Behinderte und Angehörige von Minderheiten. Im vereinigten Deutschland wird es für Menschen, die bedroht sind von Folter und Gewalt, zunehmend schwieriger,



Zuflucht zu finden. An die NS-Verbrechen zu erinnern beinhaltet daher zugleich die Verpflichtung, heutiges Unrecht anzumahnen und allen gegenwärtigen Formen von Ausgrenzung entgegenzutreten.“ (3)

So viel zum innerstaatlichen Leben. Wie sieht dies nun mit dem zwischenstaatlichen Leben aus?

„Die Achtung und das Eintreten für Menschenrechte, die dauerhafte Aussöhnung mit unseren Nachbarn und die Bewahrung des Friedens in Freiheit und Sicherheit sind heute die Maximen

deutscher Außenpolitik.“ (1)

Ist das wirklich so klar? Weshalb dann die heftigen Debatten im Deutschen Bundestag um den Export deutscher Panzer in die Türkei? Und wann endlich grenzt sich die Bundesrepublik deutlich gegen die unsägliche Tschechienpolitik Jelzins ab, dem noch jetzt trotz alledem immer wieder gern Demokratiefähigkeit bescheinigt wird?

„Insbesondere erwächst aus der historischen Erfahrung ... eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik, sich sichtbarer als bisher für die Menschenrechte einzusetzen ... An einem Ort wie Dachau dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, daß heute erneut Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, wie in Bosnien, Tschechien oder in der Türkei.“ (3)

„Jedes Jahr zu dieser Zeit sammeln sich hier ehemalige KZ-Häftlinge. Sie kommen hierher, um sich vor dieser heiligen Erde, getränkt mit dem vergossenen Blut und bedeckt mit der Asche der zahlreichen Opfer, zu verneigen.“ (2)

Jedes Jahr also, und nach 50 Jahren war es nun das erste Mal, daß ein bayrischer Ministerpräsident dazu kam. Es währte lange, und es hätte gut werden sollen. Schade um die verpatzte Gelegenheit!

Die Ausführungen basieren auf Originalzitaten aus den Ansprachen während der Gedenkveranstaltung:

(1) Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident

(2) General a.D. André Delpech, Vorsitzender des Internationalen Dachau-Komitees

(3) Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma

(4) Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland
— (hel, Lokalberichte München)



Essen. Rund 800 Leute beteiligten sich an der Demonstration zum 8. Mai. Während die Oberbürgermeisterin, Frau Jäger, in einer Erklärung vom 8. Mai als „befreidendem Zusammenbruch“ spricht, war für die Teilnehmer der Demonstration klar: Der 8. Mai ist ein Jahrestag der Befreiung — aber auch und gerade heute ist Widerstand nötig. — (syb, wof)

Caritas: Abschiebe-Gefängnisse müssen weg!

Essen. Die Schließung aller Abschiebegefängnisse „ohne wenn und aber“ forderte jetzt auch der Direktor des Caritas-Verbandes im Bistum Essen, Dompropst Günter Berghaus. Bei einer Tagung der Flüchtlingsberatung der Caritas am 2.5.1995 bezeichnete er die Abschiebegefängnisse als das, „was früher die Ghettos für jüdische Frauen und Männer waren“. Auch die Einführung der sogenannten „Asyl-Card“ lehnte er ab. „Wird sie eingeführt, erinnert sie mich doch stark an den Judenstern“, so Berghaus. — (wof)

NS-Dokumentations-Zentrum: Am 8. Mai alles vorbei!?

Köln. Durch die gegenwärtige Praxis des Kölner Arbeitsamtes ist die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln in der jetzigen Form in Frage gestellt: Seit der Einrichtung des NS-Dokumentationszentrums 1988 ist ein Großteil der Tätigkeit nur durch die Mitarbeit von ABM-Kräften möglich. Viele Bereiche der Kölner NS-Geschichte ... werden von diesen Kolleginnen

und Kollegen erforscht. Durch die enormen Mittelkürzungen der Bundesregierung und das undurchschaubare Lavieren des Kölner Arbeitsamtes bei der Vergabe von ABM-Stellen droht bereits begonnenen Projekten — pünktlich zum 50. Jahrestag des Kriegsendes — das vorzeitige Aus ... Die Befragung von Zeitzeugen und die damit verbundene Sammlung von Quellen aus privater Hand muß in den nächsten Jahren erfolgen, sonst gehen wertvolle Erkenntnisse verloren. Diese Arbeit wird im NS-Dokumentationszentrum hauptsächlich von ABM-Kräften geleistet.

Da nach 50 Jahren nicht alles vorbei sein soll, fordern die Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln einen ausreichende Zuweisung von Mitteln, damit die weitere Arbeit nicht gefährdet wird.

— (Die Angestellten des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln)

Demonstration gegen türkischen Botschafter

Oldenburg. Etwa 100 Menschen demonstrierten am 2. Mai in Oldenburg gegen den Besuch des türkischen Botschafters Onur Öymen. Er wurde ein Flugblatt

NORDRHEIN-WESTFALEN**NRW: FDP wollte Verfassung ändern**

Gegen sämtliche antifaschistischen Verfassungsgrundsätze, die entsprechend den Lehren der Zeit vom Bündnis der Industrie und Banken mit Hitler 1932 bis zur Potsdamer Konferenz 1945 in die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen aufgenommen wurden, hat jetzt die FDP im größten Bundesland Deutschlands den Angriff gestartet.

Sie verlangt für die Zeit nach der Landtagswahl die völlige Revision der Verfassung. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten protestiert gegen dieses verfassungsfeindliche Projekt ... Im einzelnen ist vorgesehen:

Beseitigung des Artikels 27, der lautet: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten.“

Als „Ausfluß überholten Denkens der Montanindustrie“ (Rohde) soll der Mitbestimmungs-Artikel 26 beseitigt werden, der lautet: Es „wird das Recht der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung

anerkannt und gewährleistet.“

„Jedermann hat ein Recht auf Arbeit“, heißt es in Artikel 24, den die FDP streichen will. Daß „im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens ... das Wohl des Menschen“ steht, soll nicht mehr sein.

Der „Schutz der Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes“ heißt es in der gültigen NRW-Verfassung, doch die FDP will das streichen.

Die FDP ist gegen die demokratische Einheitsschule, weshalb die Hauptschule den Verfassungsrang verlieren soll und Mehrgliedrigkeit der Schulen verlangt wird. Die Schulgeldfreiheit soll wegfallen.

Besonders bemerkenswert ist auch die geplante Streichung des Artikels 32: „Vereinigungen und Personen, die es unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken oder gegen Volk, Land oder Verfassung Gewalt anwenden, dürfen sich an Wahlen und Abstimmungen nicht beteiligen.“ Hier knüpft die FDP an die Traditionen eines Prof. Heuss und anderer wieder an, die dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zustimmten und halfen, die Demokratie und Menschenrechte zu beseitigen. – (Ulrich Sander, VVN-BdA)

ROMA-ZWANGSUNTERSUCHUNGEN**Kölner Staatsanwaltschaft hält sie für normal**

Die Polizei-Razzia am Gründonnerstag, bei der die Polizei 40 Roma-Frauen vorübergehend festnahm und einer Zwangsuntersuchung unterziehen ließ, ist ohne jedes Ergebnis.

Keine der untersuchten Roma-Frauen kommt als Mutter eines ausgesetzten Säuglings in Frage. Zu diesem Schluß kam das Landeskriminalamt aufgrund einer Gen-Analyse der eingezogenen Blutproben. Dennoch hält die Staatsanwaltschaft Köln, diesmal in Gestalt von Oberstaatsanwalt Hans Bernhard Jansen, daran fest, daß der gesamte Einsatz gerechtfertigt war. Er behauptet unverfroren, die Polizei hätte eben nicht alle in Frage kommenden Frauen erwischt,

nicht alle im Haus gemeldeten Frauen seien während der Razzia auch anwesend gewesen. Kein Wort dazu, daß die Polizei nach unseren Informationen nur bestimmte im Haus lebende Frauen ausgewählt hatte – Roma-Frauen. Der Kölner Rom e.V. verlangt eine öffentliche Entschuldigung von Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichterin. Kurt Holl vom Rom e.V. bekräftigte den Vorwurf, daß sich die Aktion „unter fadenhosenigen Gründen gegen eine Minderheit“ gerichtet habe: „Sie war diktiert von einer im Grunde rassistischen Einstellung gegenüber Roma.“ Deshalb haben sich Rom e.V. und amnesty international an den Petitionsausschuß des NRW-Landtags gewandt. – (uld)

verteilt, kurdische Lieder gespielt und eine kurdische Fahne mitgeführt. Öymen war von Thomas Kossendey, CDU-MdB aus Oldenburg, Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages und der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, eingeladen worden.

Der Botschafter sollte ursprünglich offiziell im Rathaus der Stadt Oldenburg empfangen werden. Dieser Termin wurde, wohl aufgrund zahlreicher Proteste seit dem Vortag, abgesagt und in ein Hotel verlegt. Die Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Oldenburg fand dennoch statt. Vor dem Hotel mußte sich Öymen über Demolautsprecher die Verlesung des beiliegenden Flugblattes und Guerillalieder anhören. In einem günstigen Augenblick wechselte er in die Räume des Ausländerbeauftragten. Dort fand ein Gespräch zwischen ihm, Kossendey, dem Ausländerbeauftragten, einer Sozialdezernentin und einigen VertreterInnen von AusländerInnen statt ... Auch an diesen Ort folgte der Demonstrationszug ..., bis Öymen das Haus wieder verließ. Sein ständiger Versuch, den souveränen Demokraten zu spielen, mißlang in dem Moment, als er von einigen Eiern und Tomaten getroffen wurde. Eine Person

seines Begleitschutzes zog eine Pistole, lud durch und zielte auf die DemonstrantInnen. Die Polizei schritt ein, indem sie seinen Arm nach unten drückte. Bei der Abfahrt der Wagen wäre beinahe noch ein Demonstrant überfahren worden ...

– (Zuschrift des AK „Keinen Fußbreit den FaschistInnen“, Oldenburg, 4. Mai)

Komala-Kurdistan-Verbot endgültig gescheitert!

München. Das erste Verbot vom November 1993 gegen den Münchner Verein „Komala Kurdistan, Kurdische Unabhängigkeit – Internationale Freundschaft“ ist aus der Welt. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Einstellung des Verfahrens beschlossen. Die Kosten trägt die BRD.

Mit diesem Beschuß wird erneut bescheinigt, daß Komala Kurdistan mit der Klage gegen das Verbot wahrscheinlich Erfolg gehabt hätte. Diesem Erfolg kam das Bundesinnenministerium mit der Aufhebung der Verbotsverfügung am 17. Februar 1995 zuvor. Die Frage nach Schadensersatz und Wiedergutmachung kann von Komala Kurdistan noch nicht angegangen werden, da am

KUNST WIRD BESCHLAGNAHMT – STÖRUNG DES RELIGIONSFRIEDENS!**Polizeiüberfall auf Alternative Tagungsstätte**

Zum 1. Mai wurde auf dem Dach des Alternative Tagungszentrums e.V. in Lübeck eine Kunstinstitution entthüllt, die auf drei 4 Meter hohen Kreuzen die christliche Kreuzigungsszene nachstellt.

Zum Inhalt sagt der Künstler selbst: „Rechts der Verbrecher, ein Soldat, nur dazu da, Krieg zu führen, zeigt auch im letzten Atemzug (Skelett) das Siegeszeichen (Viktorie). Er steht für Faschismus, Rassismus und Militarismus und die Notwendigkeit des Widerstandes gegen diese Herrschaftsstrukturen. In der Mitte Jesus Christus, sich selbst mit einer Zange vom Kreuz befreien ... Christus urinierend auf das Kapital (20m entfernt steht das Kommerz- und Prestigeobjekt der Hansestadt Lübeck, die 90 Mio. DM teure Kongresshalle). Links das leere Kreuz mit dem verblasenden Totenvogel ... als Hommage an Anna Segher's „Siebtes Kreuz“, den Widerstand auch unter härtesten Bedingungen.“

Überfall mit Hundestaffel

Am 3. Mai um 14.00 Uhr stürmten eine Hundertschaft Eutiner Bereitschaftspolizei, eine Hundestaffel, die Sondergruppe zur Bekämpfung von Jugend- und Bandenkriminalität (EGSK) sowie Zivil- und Streifenbeamte das Hauptgebäude der Tagungsstätte und das angrenzende 0,6 ha große Gelände. Extrem gut ausgerüstet mit kugelsicheren Westen und Helmen verschaffte sich der Trupp mit Fußtritten, Brechstangen und Flex den Zutritt zum Gebäude und eroberte sich mit Leitern das Dach. Die Kreuze wurden sorgfältig demontiert und an ihnen Fingerabdrücke genommen. Zwei Dokumentationseinheiten fotografierten die Räume, die Bauwerke, die Freiflächen – einfach alles, was es zu sehen gab, lichteten auf Video ab, skizzierten und dokumentierten. Hingegen wurden bei alternativen Personen, die dasselbe getan haben sollen, die Personalien festgestellt. In einer der Vereinskneipen fand man einen Gurt, mit angeblich scharfer 9mm Munition und in einem Musikübungsräum eine noch original verpackte Zwillie.

Seit Monaten observiert

Bereits seit einem Jahr bekommt die Alternative keine Genehmigung eines

Büchertisches in der Lübecker Innenstadt. In letzter Zeit häuften sich die Einschüchterungsversuche durch die politische Polizei gegen Personen der Antifa. Wegen angeblicher Ruhestörung durch das Open-Air-Konzert des Konzertkollektivs „Treibsand“ gab es Anzeigen und eine begleitende Pressehetze, Anzeigen auch wegen „wilden Plakatierens“. Innerhalb der letzten Monate wurde die Alternative unter fadenscheinigen Vorwänden vier Mal von Polizei umstellt und teilweise durchsucht.

Die Taktik des Überfalls

Als juristische Begründung für diesen Überfall mußte der § 166 StGB „Störung des Religionsfriedens“ herhalten. Doch verlangt das Gesetz in einem solchen Fall eine „Betroffenheits“-Anzeige, in diesem Fall von einer der Lübecker Kirchen. Ein vorgeschober Grund!

Der wahre Hintergrund des Überfalls ist das Bestreben der Staatsgewalt, eine ausführliche Dokumentation der Räumlichkeiten der Alternative zu erstellen, um damit u.U. eine Grundlage für ein Räumungskonzept des 1999 auslaufenden Mietvertrages zu bekommen und eine allgemeine Kriminalisierung dieses Alternativen Projektes und seiner antifaschistischen Aktivitäten – z.B. des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus – zu erreichen. Aus taktischen Gründen wurden hierbei der Staatsanwaltschaft zwecks Genehmigung der Durchsuchung die drei „unchristlichen und somit unmoralischen“ Kreuze serviert. Den Polizeikräften wurde als Anreiz für den martialischen Überfall die seit längerem verschwundene Maschinenpistole angeboten.

Die Lübecker Alternative und andere betroffene Gruppen haben Anzeige erstattet und Schadensersatzforderungen wegen Sachbeschädigungen gestellt: Außerdem wurde bereits am 5. Mai als Reaktion auf den Kunstraub wieder ein neues, diesmal schlicht schwarzes Holzkreuz aufgestellt. Dazu ein Transparent mit der Information: „Bin kurz austreten“.

Bisher erfolgte kein neuer Überfall – vielleicht warten sie ja, bis „er“ zurückkommt?

– (aus „Infodienst“, edl)

stätte die Nummer 21 der *Tatsachen* verkaufen. Zwei Polizeibeamte in Zivil kamen und wollten feststellen, ob *Tatsachen* legal sei. Als sie feststellten, daß die Zeitschrift presserechtlich ordnungsgemäß ausgewiesen war, wollten sie von unseren Mitgliedern wissen, ob DIDF legal sei. Sie suchten offensichtlich nach einem „Grund“, um die Zeitschriften zu beschlagnahmen. Nachdem sie ein Exemplar mehrmals durchgeblättert und verschiedene Artikel angelesen hatten, fiel ihnen plötzlich die Titelseite auf: die Wiedergabe eines 1957 in der DDR hergestellten und inzwischen in Büchern auch in der BRD veröffentlichten Plakates gegen Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg, bei dem allerdings aus aktuellem Anlaß das Datum 1. Mai in 8. Mai umgeändert wurde ... Wir verurteilen die Beschlagnahme der *Tatsachen* und fordern die sofortige Herausgabe der beschlagnahmten Exemplare und Einstellung eines möglicherweise begonnenen Verfahrens. Richten Sie bitte Ihre Protestbekundung an den bayrischen Innenminister Kurt Beckstein und den bayrischen Justizminister Hermann Leep. Für eine Kopie wären wir dankbar. – (DIDF-Bundesvorstand)

Justizpolitik auf dem Rücken der Gefangenen

Jens Stuhlmann über den Strafvollzug in der Hansestadt Hamburg

Wer, so fragt man sich, leitet die Strafvollzugsbehörde? Wer gibt die Richtlinien vor, bestimmt den Kurs? Justizsenator Klaus Hardraht, parteilos, oder sein Verwaltungsapparat, der den liberalen Ankündigungen des Senators Taten folgen läßt, die in eine ganz andere Richtung zielen?

Da kündigt der Senator an, künftig für drogenabhängige Gefangene den Spritzenaustausch auch im Knast ermöglichen zu wollen. Noch hat er nicht ausgesprochen, formiert sich der Protest, kündigt die Mehrheit der organisierten Beamenschaft Widerstand und Boykott an. Da kritisiert der Senator, wenn auch zunächst zaghaft, das Vorgehen beim sogenannten Abhörskandal, um dann erfahren zu müssen, daß dabei auch Gespräche seines eigenen Behördenvertreters abgehört und deren Protokolle rechtswidrig weitergegeben wurden. Da spricht sich Senator Hardraht für „Fortführung des liberalen Strafvollzuges“ aus, während sein Apparat zugleich an dessen möglichst restloser Zerschlagung arbeitet. Unmögliche und z.T. menschenverachtende Zustände in der Untersuchungshaftanstalt und bei den Abschiebefangenen, überfüllte Haftanstalten, kaum noch Betreuungspersonal wie Sozialarbeiter und Psy-



chologen. Und im einstigen Vorzeigeknast „Santa Fu“ fragen sich die Gefangenen inzwischen, ob der neue Anstaltsleiter Poenighausen sein Amt vor Monaten als Vollstreckung für die Fraktion derer antrat, die Strafvollzug nur unter der Überschrift „Sicherheit und Ord-

nung“ begreifen. Immer neue Einschränkungen und Verschlechterungen für die Gefangenen, das stetige Zurückdrehen erkämpfter „Liberalität“, die Zeiten, in denen sich Hamburger Justizsenatoren eines „humanen Behandlungsvollzuges“ rühmten, scheinen end-

gültig vorbei. Selbst vor gravierenden Eingriffen schrekt man nicht mehr zurück, so wurde jetzt durch den Leiter des Strafvollzugsamtes die Freizeitabteilung „Santa Fu“ aufgelöst, deren Leiterin versetzt, ohne daß sie einen neuen Arbeitsbereich zugewiesen bekam. Sie wurde nicht etwa anderswo gebraucht, es ging schlichtweg um die Zerschlagung der Abteilung, damit gezwollte Einschränkungen und Liquidation in einem Bereich, der für die Gefangenen äußerst wichtig ist (siehe Interview mit dem Insassensprecher). Und alles deutet darauf hin, daß dies nicht die letzte Maßnahme war auf dem Weg zu einem Vollzug, bei dem „Sicherheit und Ordnung“ über allem steht. Da nehmen sich die Sprechblasen eines Senators aus wie das Deckmäntelchen vor Pseudoliberalität, das über die massiven Rückschritte gebreitet werden soll. Denn wüßte ein Senator nicht, was in seinem Verantwortungsbereich der factus geschieht, so wäre er unfähig, damit aber überflüssig. Weiß er es aber und macht gute Miene zum bösen Spiel, handelt es sich dabei um Heuchelei, was noch schlimmer wäre. Die Erinnerung an einen Hamburger Innensenator, der mit seinem Apparat nicht klar kam sich nicht durchsetzen konnte und wollte, dann zurücktrat, ist noch frisch.

Die Zustände in Su Fanta

■ Die Entscheidung von Senator Hardraht, Spritzenaustausch auch hier im Knast zuzulassen, hat ein ziemliches Echo ausgelöst. Die Mehrheit der Beamten hat sich vehement dagegen ausgesprochen und Widerstand angekündigt. Ihr habt als Insassenvertretung u.a. einen solchen Spritzenaustausch seit 1988 gefordert. Wie erklärt sich für Euch der Widerstand der Beamten?

Einerseits sind die Beamten gehalten, nach Drogen zu suchen und diese zu beschlagnahmen. Andererseits sollen sie dann die Spritzen unberührt lassen und sogar ausgeben in dem Wissen, daß damit harte Drogen konsumiert werden. Mit diesem Widerspruch kommen die Beamten überhaupt nicht klar.

■ Wie viele Gefangene sind in Santa Fu von harten Drogen abhängig?

Man muß hier unterscheiden in Abhängige, die eher gelegentlich konsumieren, und solche, die täglich an der Nadel hängen. Insgesamt sind wohl ca. 100 Gefangene abhängig, davon 30 bis 40 als Schwerstabhängige.

■ Auch wenn dies noch erschreckend viele sind, sind lange Zeit viel höhere Zahlen gehandelt worden. Ist die Zahl der Abhängigen zurückgegangen?

Ja. Das hat seine Ursachen aber nicht zuletzt darin, daß verschiedene seit langem von der Insassenvertretung geforderte Maßnahmen (keine Abhängigen mit Kurzstrafen mehr in die Anstalt 2, Ausweitung des Methadon-Programms, eine bessere Betreuung der Abhängigen, die Zulassung von freien Drogenberatern aus Projekten draußen) langsam umgesetzt wurden. Ende 1993 wären die genannten Zahlen mindestens doppelt so hoch gewesen.

■ Viele Gefangene, die nicht abhängig sind, machen Drogenabhängige für die Ver-

schlechterung der gesamten Vollzugssituation verantwortlich. Seht Ihr das auch so?

Sicher verursachen Drogenabhängige eine Menge Probleme. Allerdings möchten wir nicht den Eindruck erwecken, als sollten diese nun für alle Probleme im Vollzug verantwortlich gemacht werden. Tatsache ist, daß Drogenabhängige für die Anstalt sehr arbeitsintensiv sind. Es müssen viele Stellungnahmen für Verlegungen, Entlassungen, die Aufnahme in Therapien usw. geschrieben werden, und all das bindet die Arbeitskraft von Abteilungsleitern, Vollzugsleitern etc., wobei diese ohnehin meist überlastet sind. So entsteht für andere Gefangene oft der Eindruck, für ihre Belange bleibe gar keine Zeit mehr, und sie machen dann die Abhängigen dafür verantwortlich. Tatsächlich muß natürlich der Vollzug die notwendigen Kapazitäten schaffen, um alle notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen auch durchführen zu können. Hinzu kommt, daß deutlich zu merken ist, daß der „Sicherheits- und Ordnungs-Gedanke“, nicht zuletzt durch die Drogenproblematik, eine größere Rolle spielt, und dies wirkt sich dann natürlich deutlich auf die Lebensqualität aller Gefangenen aus.

■ Zu den jetzt auch von Senator Hardraht vorgeschlagenen Maßnahmen gibt es dennoch keine Alternative?

Zwar sind diese Maßnahmen ein Schritt in die richtige Richtung, eine wirkliche Lösung sind sie jedoch nicht. Alternativen? Sicher, eine wirkliche Alternative hier drinnen wie auch draußen wäre es z.B. die Legalisierung der Abgabe von allen Grundsubstanzen und deren Abgabe unter staatlicher Kontrolle zu erreichen. Damit wäre zugleich die Entkriminalisierung von Abhängigen erreicht, und nur auf diesem Wege dürfte das Problem in den Griff zu bekommen

Interview mit dem Insassensprecher Armin Hockauf

sein. Außerdem ist natürlich klar, daß Drogenabhängigkeit wie anderes auch ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, als solches auch erkannt und letztlich gelöst werden muß. Mit dem Einsperren von Abhängigen in den Knast wird gar nichts gelöst, sondern die Problemen nur verlagert.

■ Wie zu hören war, wurde die Freizeitabteilung in der hiesigen Anstalt vom Leiter des Strafvollzugsamtes, Herrn Raben, liquidiert. Was bedeutet das für Euch, und wie beurteilt Ihr diese Maßnahme?

Angesichts der Tatsache, daß die Freizeitabteilung in Anstalt 2 das einzige erfolgreich arbeitende Betreuungsprojekt für Insassen im Hamburger Strafvollzug ist, ist es uns unerklärlich, wie so die Justizbehörde dieses Vorzeigeprojekt des Hamburger Strafvollzuges dem „Sicherheits- und Ordnungs-Gedanken“ geopfert hat. Daß die Gestaltung des Freizeitbereiches bei zu langen, zu lebenslangen Freiheitsstrafen Verurteilten besonders wichtig ist, um Druck, Frust und Verzweiflung auf konstruktive Weise abzubauen, müßte eigentlich jedem einleuchten. Nicht so Herrn Raben, von dem diese Entscheidung stammt. Der daraus entstehende Schaden ist unübersehbar.

■ Welche Aufgaben hatte denn die Freizeitabteilung im einzelnen?

Die Betreuung aller ehrenamtlichen, externen Helfer, die Betreuung von Gesprächsgruppen (derzeit 14 Gesprächsgruppen mit etwa 80 freien Helfern), von Gruppenangeboten (z.B. Malen und Zeichnen, Computer-Workshop, Deutsch als Fremdsprache), therapeutische Angebote sind außerdem Drogenberatung, alkoholfreie Selbsthilfe, anonyme Alkoholiker sowie Partnergruppe. Unter den Einzelaktivitäten wäre zu nennen das Kulturteam, der Blick-

punkt sowie die Betreuung der Arbeitsbücherei. Man kann sagen, all Aktivitäten im Freizeitbereich sind über diese Abteilung organisiert worden, und mit der Zerschlagung der Abteilung steht in den Sternen, was an den Angeboten wird.

■ Seit einigen Monaten hat die Anstalt eine neue Anstaltsleitung. Viele Gefangene beklagen seitdem eine Verschlechterung. Was habt Ihr durch den Wechsel der Anstaltsleitung verändert, und seht Ihr das auch so?

Festzuhalten bleibt, daß der neue Anstaltsleiter, Herr Poenighausen, in seinem Editorial für den Blickpunkt selbst zugegeben hat, daß es Verschlechterungen gegeben hat. Das sehen wir auch so.

■ Wie wirkt sich das konkret auf Eure Arbeit aus?

Wir wollen es einmal so ausdrücken. Von 22 Punkten, die die Insassenvertretung mit der neuen Anstaltsleitung besprochen hat, wurden zwei inzwischen abgelehnt, die restlichen 20 befinden sich „noch in der Prüfung“. Uns beschäftigt in diesem Zusammenhang die Frage, ob Herr Poenighausen, als er sein Amt übernahm, seitens des Strafvollzugsamtes klare Vorgaben hatte, den „Sicherheits- und Ordnungs-Gedanken“ zu forcieren. Oder ob dies eher auf eine Unsicherheit bei der Bewältigung der sicher nicht einfachen Aufgabe zurückzuführen ist. Die Entscheidung zum Freizeitbereich (s.o.) läßt allerdings befürchten, daß es sich eher um vollzugspolitische Vorgaben handelt. Es mag natürlich auch sein, daß Herr Poenighausen nur versucht, die Schlagzeile der Bildzeitung anlässlich seiner Amtsübernahme („Herr Poenighausen, räumen Sie auf“) faktisch umzusetzen. Vielen Dank für das Gespräch. (Das Gespräch führte Jens Stuhlmann.)

Besessener Antikommunismus

Berlins CDU-Verkehrssenator will den „Bersarinplatz“ in „Baltenplatz“ umbenennen

Als am 2. Mai 1945 die Berliner Garrison der faschistischen Wehrmacht kapitulierte, hatte der Krieg die Stadt in ein einziges Trümmerfeld verwandelt. Ein Augenzeuge schildert seine Eindrücke: „Die noch übriggebliebenen Bewohner dieses rauhenden und teilweise noch lichterloh brennenden Trümmerhaufens, die sich langsam nach manchmal wochenlangen Vegetieren in Kellern und Unterständen wieder auf die Straßen wagten, glichen mehr hungrigen Gespenstern als lebendigen Menschen. Es gab keinen Strom, kein Gas, kein Wasser, keine Lebensmittel, keine Wohnungen. Nein, hier schien keine Regung mehr möglich.“

Bersarin und Berlin

Am 27. April eroberten Soldaten der 5. sowjetischen Armee unter Führung ihres Kommandeurs General Nikolai Erastowitsch Bersarin den Alexanderplatz. Am 28. April ernannte Generaloberst Wassili Tschuikow,

Oberbefehlshaber der 8. Garde-Armee, Bersarin zum ersten Stadtcommandanten von Berlin. Bersarin hatte maßgeblichen Anteil an der militärischen Befreiung der Stadt und damit an der endgültigen Zerschlagung des Dritten Reiches.

In seinem Befehl Nr. 1 weist er an, das Gesundheitswesen sofort wiederherzustellen, die noch vorhandene Lebensmittelindustrie wieder in Gang zu bringen, kranke Kinder und Neugeborene mit Milch zu versorgen und Maßnahmen gegen das Ausbrechen von Epidemien durchzuführen. Bersarin ist es zuzuschreiben, daß die Soldaten der einziehenden sowjetischen Armee relativ rasch diszipliniert wurden. Bersarin stützt sich in vielen Aktionen auf die „Aktivisten der ersten Stunde“ und ermuntert Deutsche, sich aktiv an der Normalisierung des Lebens in Berlin zu beteiligen. Schon am 6. Juni trifft er sich mit Gründgens, Legal, von Winterstein und anderen und bemüht sich um die Wiederbelebung des kulturellen Lebens. Schon am 9. September 1945 eröffnete das „Deutsche Theater“ mit „Nathan der Weise“ mit Eduard von Winterstein in der Hauptrolle. Dieser Aufführung jedoch kann Bersarin selbst nicht mehr beiwohnen, denn am 16. Juni 1945 stirbt er in Berlin in Folge eines Verkehrsunfalles: Er raste an diesem Tage mit seinem Motorrad in eine Lastwagenkolonne. In nur 54 Tagen als Stadtcommandant von Berlin hat Bersarin nicht nur mitgeholfen, die Straßen Berlins von den 75 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt zu befreien, sondern

auch den Menschen geholfen, Trümmer in ihren Köpfen zu beseitigen. Bersarin sorgte dafür, daß die sowjetische Armee den Berlinern half und keine Rache nahm, obwohl – wie er sagte – er in seinem Soldatenleben „nichts gesehen hatte, was dem ähnlich war, als die deutschen Offiziere und Soldaten wie Bestien gegen die friedliche Bevölkerung seines überfallenen Landes vorgegangen waren.“

oberste Straßenwart stützt sich auf Urteile der sogenannten Unabhängigen Kommission, die in Berlin entsprechende Empfehlungen für Straßenumbenennungen zu geben hat. Von dieser Kommission stammen noch andere solcher Vorschläge, die eher einer schwarz-weiß-roten Aktion als der gelebten Geschichte entsprechenden Überlegungen entstammen: Die „Aufräumungsarbeiten“, die in Berlin und anderswo durch-

erkennen, daß dieser Berliner Senat und diese CDU/SPD-Koalition noch heute im tiefsten Antikommunismus befangen sind. Der Regierende Bürgermeister Diepgen sieht es so: „Jeder muß verstehen, daß sich das Verhältnis der Berliner zu den westlichen Schutzmächten anders entwickelt hat, als zur Sowjetunion.“ Diepgen weiht lieber ein Kriegerdenkmal in Berlin-Lichtenberg ein, dessen Inschrift die Soldaten des

Deutsch-Französischen Krieges 1871 zu Vorbildern der heutigen Jugend macht. Und Berlins Parlamentspräsidentin Laurien (CDU) tauscht lieber das Namensschild „Katja Niederkirchner“ wieder gegen die Adresse „Prinz-Albrecht-Straße“, der berüchtigten Himmelschen Adresse, aus. „Katja Niederkirchner hat die deutschen Kriegsgefangenen immer wieder von den Wohltaten des Kommunismus zu überzeugen versucht ... Ihr Name ist für die Visitenkarte eines Parlaments nicht geeignet.“ (Katja Niederkirchner, die als An-

gehörige der Roten Armee über deutschen Hinterland abgesprungene war, wurde am 28.9.1944 im KZ Ravensbrück erschossen.)

Zweierlei Arten von Gedenkveranstaltungen

Während 4000 Beamte die Staatsgäste der offiziellen Gedenkveranstaltungen vor Andersdenkenden im Stadtzentrum Berlins beschützten und Polizeipräsident Saberschinsky bemüht war, zu beweisen, daß seine 31000 Mann-Behörde den Anforderungen der Hauptstadt-Polizei gerecht wird, versammelten sich an den unterschiedlichsten Stellen Berlins Menschen, die des 8. Mai als des Tages der Befreiung vom Faschismus gedachten. In Berlin-Friedrichshain an der Bersarin-Gedenktafel waren es die Bürgerinitiative „100 Jahre Bersarinplatz – Aktion Bürger für ihren Kiez“, russische Kriegsveteranen und andere Bürger, die ihren Protest gegen die beabsichtigte Umbenennung des Platzes zum Ausdruck bringen wollten.

Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der PDS, sagte es deutlich: „Diese Straßenschilderstürmerei ist Ausdruck der Rechtsdrift, die wir heute in Deutschland erleben ... Nach dem Anschluß der DDR hat sich die Geschichtsklitterung verstärkt ...“

Es war der kapitalistische Schoß, der dieses faschistische Ungeheuer hervorbrachte. Und dieser Schoß ist – wie wir heute erleben – fruchtbar noch!“ (abe)



In seinen Memoiren erinnert sich Bischof Dibelius, ein kommunistischer Neigungen unverdächtiger Zeitzeuge, Bersarin: „Ein Mann, der Respekt vor der Kirche hatte. Das überraschte mich fast ebenso sehr, wie es Berliner Schülärte überraschte, als sie aus seinem Munde hörten: Vor allem will ich, daß Sie die Kinder in Ehrfurcht vor Gott erziehen!“

Im Jahre 1947 beschloß der noch einheitliche Magistrat von Groß-Berlin, einen Platz und eine Straße nach dem ersten militärischen Stadtcommandanten Berlins Bersarin zu benennen. Begründung: Geehrt werden sollten Bersarins Verdienste „um die Ingangsetzung der Versorgung der Stadt.“ Bersarin wurde als Ehrenbürger Berlins in das Ehrenbuch der Stadt eingetragen. Noch heute erinnert eine Ehrentafel am Bezirksamt Berlin-Friedrichshain an Bersarin. „Breitschultrig, mit rundem Gesicht, wie aus einem Granitblock gemeißelt, eine Verkörperung unbändiger Kraft und Energie“ so beschreibt ihn Grigorij Weiß in „Am Morgen nach dem Kriege“.

Weg mit dem Sowjet-General!

Am 21. April 1995 erteilt der Berliner Senator, Prof. Herwig Haase (CDU), die Weisung, den Bersarinplatz in Berlin-Ost in Baltenplatz umzubenennen. Begründung: Das solle geschehen als „Zeichen politischer Sympathie“ zu den ehemals von der Sowjetunion annektierten baltischen Republiken. Der Berliner

„Sicherheit“ im Ghetto?

Abschiebung statt Integration steht für tausende Vietnamesen bevor

Von Marion Seelig

Jeder kennt das Bild in Berlin: vietnamesische ZigarettenhändlerInnen in der Umgebung von Bahnhöfen, vor Einkaufszentren und überall dort, wo mit Kundschaft für die geschmuggelten Glimmstengel zu rechnen ist. Die Nachfrage ist groß, wenn man vom Angebot darauf schließt. Darauf reduziert sich für viele das Bild von den vietnamesischen MitbürgerInnen.

Das Bild hat eine neue Dimension bekommen. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden neun vietnamesische BürgerInnen ermordet. 1993 gab es drei Mordopfer und im letzten Jahr starben sieben VietnamesInnen durch Gewalt. Die riesigen Wohnheime in der Marzahner Havemann-Straße und in der Rhinstraße, in denen die Flüchtlinge zu Hunderten — mit und ohne Aufenthaltsstatus — zusammengepfercht leben, sind immer wieder Schauplatz des blutigen Geschehens. Die Polizei ist dort ständig mit überfallartigen Razzien vertreten, deren Ergebnisse — auch in Anfragen der Berliner PDS-Fraktion belegt — in keinem Verhältnis zum Aufwand und zur Brutalität des Vorgehens stehen. In der letzten Woche setzten sich die BewohnerInnen des Heimes in der Rhinstraße zur Wehr, nachdem zuvor ein Mitbewohner von der Polizei bewußtlos geschlagen worden war.

Auch gegen die vietnamesischen StraßhändlerInnen — das schwächste Glied in der Kette des von Deutschen, Polen u.a. organisierten Zigaretten-Schmuggels — geht die Polizei mit äußerster Härte vor. Zahlreiche Fälle von Mißhandlungen durch Zivil- und uniformierte Streifen sind bekannt geworden. Jedoch im Gegensatz zu Brandenburg, wo gegen polizeiliche Folter schärfsten Strafen verhängt wird, kommt es in Berlin kaum zu einer Anklage.

Als einzige Maßnahme gegen die Ermordung vietnamesischer Menschen fallen Innensenator Heckelmann und dem Berliner Polizeipräsidenten nur stereotype Rufe nach Abschiebung ein. Dies war bis vor kurzem nicht möglich, da die vietnamesische Regierung nicht an einer Rückführung interessiert war, solange es in dem noch immer an den

Folgen des US-amerikanischen Krieges leidenden Land keine materiellen Ressourcen für die Wiedereingliederung ihrer BürgerInnen gab. Wie weit die nun ausgehandelten wirtschaftlichen Hilfen nur dem deutschen Export dienen oder tatsächliche Eingliederungshilfen darstellen, steht noch in den Sternen. Inzwischen gibt es das sog. Rückführungsabkommen mit Vietnam, in dem die Rückführung der „illegal“ in Deutschland lebenden Vietnamesen geregelt ist. Im Vorfeld dazu gab es jede Menge Propaganda, beispielsweise wurde durch die Nennung der hohen Zahl von 40000 angeblich illegal in Deutschland lebenden Vietnamesen der Eindruck erweckt, jeder hier lebende sei illegal im Land. Dies trifft aber weder auf ehemalige VertragsarbeiterInnen der DDR zu noch auf AsylbewerberInnen. Lediglich die Zahl von 20000 abgelehnten Asylanträgen ist einigermaßen nachvollziehbar und realistisch. Geplant sind für dieses Jahr 2500 „Rückführungen“, 1996 sollen es 5000 und in den nachfolgenden Jahren 6000 und 6500 Menschen sein.

Wie allerdings mit diesen Abschiebungen, durch die Unruhe und Ängste bei den betroffenen Menschen noch geschürt werden, die Übergriffe auf das Leben von VietnamesInnen beendet werden sollen, bleibt das Geheimnis der Verantwortlichen in Bund und Ländern.

Daß es darum auch gar nicht geht, wird schon darin deutlich, daß nach dem Blutbad in der Havemann-Straße, dem fünf Menschen zum Opfer fielen, jeder vernünftige Vorschlag der Ausländerbeauftragten Berlins, Barbara John, von den zuständigen Sicherheitspolitikern mit „Empörung“ zurückgewiesen wurde. So hatte sie u.a. gefordert, die ghettoähnlichen Heime aufzulösen und den sich dort legal aufhaltenden Menschen Wohnungen zuzuweisen. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Integration. Aber wo sollten dann die vielen schönen Razzien stattfinden? Aus „sicherheitspolitischen“ Gründen läßt man den Boden für Gewalttaten lieber bestehen. Auch der Schutz für vietnamesische BürgerInnen, also Polizeiprä-

senz vor den Heimen, läßt sich nicht realisieren. Die Berliner Polizei mit der höchsten Polizeidichte der Bundesrepublik hat dafür natürlich zu wenig Personal. Vielleicht stimmt es ja auch, daß es zu wenig Beamte gibt, die in der Lage sind, sich vor ihr Feindbild zu stellen, dem sie sonst nur mit Gummiknöpfen und Tritten begegnen.

Die Verantwortung dafür, daß immer mehr vietnamesische BürgerInnen auf den Handel mit geschmuggelten Zigaretten einlassen müssen, tragen ohnehin die für die Ausländerpolitik Zuständigen. Insbesondere die Bleiberechtsregelung der Innenminister von 1993, die zur Folge hatte, daß die meisten ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen aus Vietnam lediglich eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsbefugnis erhielten, hat zu sozialer Vereinigung und der Angst vor Abschiebung geführt. Dies stellt durchaus eine willkommen wehrlose Gruppe für tatsächlich im großen Stil kriminell agierende Schmugglerbanden dar.

„Es ist eindeutig klar geworden, daß diese Regelung keinen ausreichenden Rahmen für die Sicherung des weiteren Aufenthalts und für die Integration der VertragsarbeiterInnen geschaffen hat“ meinte auch die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Almuth Berger, Ende April auf einer Konferenz zum Thema Bleiberecht. Frauen mit Kindern seien in diesem Zusammenhang besonders betroffen, da sie, wenn sie nur eine Aufenthaltsbefugnis besitzen, kein Anrecht auf Kinder- und Erziehungsgeld haben.

Es ist jedenfalls deutlich, daß die Mehrzahl der in der Bundesrepublik lebenden Vietnamesen nicht kriminell ist und die Schlagzeilen von der „Vietnamesen-Mafia“ einen weiteren Schritt in die Richtung der Stigmatisierung und Kriminalisierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe darstellen.

Dies soll nicht die Gefahr, die vom Zigarettenhandel ausgeht, herunterspielen. Natürlich haben sich inzwischen Strukturen entwickelt, in denen rivalisierende Banden auf brutalste Art gegeneinander und auch gegen Unbetei-

igte vorgehen. Dies ließe sich aber nur in den Griff bekommen, wenn ähnliche Strukturen in den deutschen Behörden verfolgt würden, weil es unvorstellbar ist, daß derartige Mengen von Schmuggelgut ohne Behördenbeteiligung ins Land gelangen. Dies ließe sich durch ein Vertrauensverhältnis zwischen deutscher Polizei und vietnamesischen BürgerInnen eindämmen, aber leider ist das Gegenteil der Fall. Wer Angst hat, wegen Bagatelldelikten ausgewiesen zu werden, wird auch nicht als Zeuge für Gewalttaten zur Verfügung stehen.

Wer keinen sicheren Aufenthaltsstatus besitzt, kann keiner Arbeit nachgehen und gerät folgerichtig, wenn er seinen Lebensunterhalt bestreiten muß, in die Fänge krimineller Organisationen.

Es ist ein Kreislauf der Ausbeutung und Bedrohung, dem vietnamesische BürgerInnen ausgesetzt sind.

Sie brauchen unsere Solidarität und nicht unsere Vorurteile.

Neben der grundlegenden Forderung nach generellem Bleiberecht sollten zumindest die Kriterien vieler Ausländerbeauftragten Berücksichtigung finden. Dazu gehören:

- sachlicher Umgang mit Zahlen,
- Rückübernahmevertrag nur mit garantierter Straffreiheit,
- Behandlung von ehemaligen Vertragsarbeitsnehmern, die straffällig geworden sind, nach dem Ausländerrecht, d.h. Bagatelldelikte sind kein Ausweisungsgrund,
- Regelungen für gestaffelte Rückkehr müssen Absprachen über Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Eingliederungshilfen für diejenigen enthalten, die in den nächsten Jahren mit der Rückführung rechnen müssen. Wichtig ist vor allem die Absicherung des Aufenthaltes der ehemaligen VertragsarbeiterInnen.

Bleiberechtsregelungen, Maßnahmen zur Arbeits- und Wohnraumbeschaffung sind der einzige richtige Weg aus dem Kreislauf der Gewalt.

Marion Seelig ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus.

band personelle Auseinandersetzungen zu ersparen. Der Landesvorstand hatte Modrow nicht nominiert.

Weiter wird sich nun die Wahlvorbereitung der PDS in die Bezirke verlagern. Dort wird in den Basisorganisationen über die PDS-Direktkandidaten beraten und beschlossen werden. Bei einem zu erwartenden Ergebnis von 40 % der Stimmen für die PDS im Osten der Stadt könnte die Partei mit etwa 25 Sitzern in das Berliner Abgeordnetenhaus einziehen. Es wird auch erwartet, daß sich die Zahl der Vertreter der PDS in den BVV erhöht, die Anzahl der PDS-Stadträte zunimmt und Stadtbezirksbürgermeister von der PDS gestellt werden können.

Auf dem Landesparteitag sprachen u.a. auch Bisky, Gysi und Heym. Die PDS will das schwarz-rosa Bündnis in Berlin weghaben und sieht rosa-grün als bessere Variante für die nächste Zeit an, die sie auch tolerieren würde.

Der Parteitag stimmte einem umfangreichen Wahlprogrammpapier zu und sprach sich einstimmig gegen den Länderfusions-Staatsvertrag Berlin-Brandenburg aus. Beschlossen wurden konkrete Aktivitäten der PDS in Berlin, so z.B. eine Protestkundgebung gegen das Vergleichsmietensystem. — (abe)



Nur etwa 5000 Personen beteiligten sich am 7. Mai an der Demonstration zum 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Ein breites Bündnis von linken Organisationen hatte zu der Demonstration aufgerufen. Die Polizei ging auf direkte Anweisung von Innensenator Heckelmann (CDU) mit extremer Brutalität gegen jeden Teilnehmer vor, der eine angebliche verbotene kurdische Fahne mit sich führte (Bild). Es kam zu zahlreichen Festnahmen und Verletzungen. Die Veranstalter protestierten in einer Presseerklärung gegen diese Polizeiübergriffe. Grüne und PDS wollen den provokatorischen Kurs des Innensenators und die Polizeiübergriffe im Abgeordnetenhaus angreifen. An zwei separaten „antinationalen“ Demonstrationen am 7. und 8. Mai beteiligten sich jeweils nur wenige Hundert Teilnehmer. Die Veranstalter hatten bis zu 3000 Teilnehmer erwartet. — (rül)

PDS hat Liste und Programm

Berlin. Die PDS beschloß auf ihrem Landesparteitag am 12./13. Mai die Offene Landesliste für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 22. Oktober 1995. Einzelne abgestimmt wurde zu den ersten 14 Plätzen der Liste, über weitere Plazierungen dann im Block. Beworben hatten sich über 80 Kandidaten. Auf Platz eins der Liste kam die Landesvorsitzende Petra Pau, was von Delegierten als „Ämterhäufung“ abgelehnt wurde. Sigrun Steinborn als Gegenkandidatin konnte sich aber mit 28 gegen 72 Stimmen für Petra Pau nicht durchsetzen.

Der Landesvorstand hatte zehn Kandidaten dem Parteitag vorgeschlagen, von denen alle fünf BewerberInnen, aber nur drei der fünf Männer vom Parteitag bestätigt wurden. Sechs der Kandidaten gehören keine Partei an, vier kommen aus dem Westen der Stadt. Es wurde erreicht, alle Politikfelder personal zu besetzen und erprobte Bewerber dafür zu gewinnen.

Der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, der beabsichtigt hatte, sich in Berlin aufzustellen zu lassen, hatte in der Vorwoche von seiner Kandidatur Abstand genommen, um, wie er in einem offenen Brief schrieb, dem Landesver-

Stramm neofaschistisch durchdrungen

Ulla Jelpke über den „Witikobund“ in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“

Unter der Überschrift „Oskar-Schindler-Kreis“ schreibt der *Witiko-Brief*, die Zeitung des „Witikobundes“: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat — wie z.B. in der *Landshuter Zeitung* vom 5.3. zu lesen war — die Gründung eines „Oskar-Schindler-Kreises“ zur Verständigung von Sudetendeutschen und Juden angekündigt. Der Kreis soll „zur Völkerverständigung und Pflege des deutschen und jüdischen Erbes in den böhmischen Ländern beitragen“! Nachdem der *Witiko-Brief* diese Meldung so wieder gegeben hat, fragt der (namenlos gebliebene) Autor: „Wer diesen Kreis initiiert hat und wie er finanziert wird, ist bisher ein Geheimnis. Die SL als „Tribettfahrer“ im zeitgenössischen Holocaust-Express? Zugleich mit dieser Pressemeldung war auf dem amerikanischen Fernsehsender NBC zu hören: „Schindler's List is the most dramatical holocaust film, the German people has ever been confronted with“ (Schindlers Liste ist der dramatischste Holocaust-film, mit dem das deutsche Volk je konfrontiert wurde)“ (*Witiko-Brief* 2/1994).

Mit dieser kommentierten „Meldung“ wird in klassisch rechtsextremer Weise aufgezeigt, daß der „Witikobund“ den Massenmord an den Juden relativiert, das Andenken an die ermordeten jüdischen Opfer als „zeitgenössischen Holocaust-Express“ diffamiert und auch keinen Hehl aus seinem Antisemitismus machen und die Völkerverständigung mit den Jüdinnen und Juden diskreditieren will. (...)

Der Antisemitismus ist Teil der rechtsextremen Programmatik des „Witikobundes“. Seit jeher ist der „Witikobund“, die „nationalistische Gesinnungsgemeinschaft“ innerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), besonders rechtsextrem durchsetzt. Dies bezieht sich sowohl auf seine Zusammensetzung mit Alt- und Neofaschisten als auch auf seine inhaltliche Ausrichtung.

Der „Witikobund“ hat in den letzten Jahren innerhalb der Vertriebenenverbände eine ähnliche Radikalisierung nach rechts vollzogen, wie dies auch beim *Ostpreußenblatt*, dem *Schlesier*, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ usw. zu beobachten ist. Dabei werden offenbar jegliche taktischen und politischen Rücksichtnahmen falengelassen. Offenbar geht man hier von einer unbedingten Rückendeckung durch die Führung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), die Bundesregierung und hier namentlich durch das Bundesministerium des Innern aus.

Der „Witikobund“ kann bei diesem Prozeß der Radikalisierung nach rechts auf besondere Startbedingungen zurückblicken. Als eine Strömung innerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) sammelte er in den 50er Jahren vor allem alte Nationalsozialisten als Mitglieder auf. Die Besetzung der Führungspositionen innerhalb des „Witikobundes“ mit alten NSDAP-Funktionären hatte eine Sogwirkung auf Angehörige der alten nationalsozialistischen Sudetendeutschenpartei Konrad Henleins. In Abgrenzung zur sozialdemokratisch ausgerichteten „Seliger-Gemeinde“ und der katholisch ausgerichteten „Ackermanngemeinde“ in der SL verstand und versteht der „Witikobund“ sich als eingeschworene „nationale Gesinnungsgemeinschaft“, ja als geistige Elite, die dazu berufen ist,

die Vertriebenenverbände politisch auf eine völkisch-deutsch-nationale Linie zu trimmen. 1957 erläuterte der damalige bayerische Landesminister Walter Stain in kurzen, prägnanten Worten die Ziele des „Witikobundes“ und gab einen Einblick in das zukünftige Wirken dieser Organisation: „Der Witikobund war bisher eine Gemeinschaft, die vor allem als ein Protest gegen die Traditionslösigkeit der Fünfundvierziger zustande kam. Da es in den Jahren nach 1945 ein echtes Sichwiederfinden der völkischen Kräfte auf der politischen Ebene nicht gab, so konnte es auch nicht anders sein, als daß der Witikobund im Vergleich zu den anderen Gesinnungsgemeinschaften eine mehr oder weniger lose Zusammenfassung von Menschen gemeinsamer Vergangenheit, aber noch lange beabsichtigter gemeinsamer Zukunft darstellt“ (zitiert nach: Kurt Hirsch, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989, S. 185).

Diese Worte Walter Stains haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Mit einer erlesenen Schar von Rechtsextremisten, Braunzonenpolitikern ist der „Witikobund“ bemüht, den „Nach-45er-Geist“, also die Demokratie zu überwinden und sich bewußt in die alte Traditionslinie deutscher antidemokratischer, rassistischer und expansiver Politik zu stellen. Dieses „Sichwiederfinden“ gelang und gelingt dem „Witikobund“ durch die Übernahme rechtsextremer politischer Essentials wie dem Kampf gegen die „Umerzieher“, die Leugnung und Relativierung der Verbrechen des Hitlerfascismus und durch das Eingebundensein im rechtsextremen Organisationsgeflecht.

Für die „Reinhaltung der Blutsgemeinschaft“

Der Rassismus ist im „Witikobund“ besonders ausgeprägt. Dies hat zum einen einen handfesten organisatorischen Grund. Die Verbindungen des „Witikobundes“ zur rechtsextremen Vorfeldorganisation „Schutzbund für das deut-

sche Volk“ sind äußerst eng. Der derzeitige Vorsitzende des „Schutzbundes“, Friedrich Köberlein, ist Mitglied des „Witikobundes“. Köberlein ist ein Garant dafür, daß der *Witiko-Brief* für diese rechtsextreme rassistische Organisation wirbt (vgl. *Witiko-Brief* 6/1994).

Inhaltlich drückt sich das so aus, daß der „Witikobund“ gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ auftritt und vor der „Überfremdung“ der Gesellschaft warnt. Der „Witikobund“ hat sich damit den Idealen der „Rassereinheit“ verschrieben. Hans-Ulrich Kopp, langjähriger Redakteur der *Jungen Freiheit* und Schriftleiter des *Witiko-Briefes*, schreibt in der Ausgabe 6/1994 zur Politik der CDU bezüglich des Staatsbürgerrechts: „... Unterdessen fordert aber eine der einflußreichen CDU-Politikerinnen, Bundestagspräsidentin Süssmuth, die Abschaffung des gelten den Staatsbürgerrechtes, das „nicht länger primär von der Blutsgemeinschaft“ ausgehen dürfe, und ein „Miteinander unterschiedlicher Kulturen“ innerhalb der Bundesrepublik als „Gegenbegriff zu ethnischer und kultureller Homogenität“. Kopp kommentiert diese Position: „Damit wird die zweite Vertreibung der Deutschen eingeläutet — durch Überfremdung des noch verbleibenden Bodens“ (*Witiko-Brief* 6/1994). Durch diese schroffe Ablehnung der Position der Bundestagspräsidentin Süssmuth macht Kopp deutlich, daß er eben für den Erhalt und die Reinhaltung der „Blutsgemeinschaft“ ist.

In einer anderen Ausgabe des *Witiko-Briefes* wird unter der Überschrift „Aus dem Ortskreis München“ über ein Referat des Witikobundes Alf Torsten Werner über die „Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes“ berichtet. Der Referent hat laut *Witiko-Brief* ausgeführt, daß die gegenwärtige Bundesregierung „Deutschland zu einem Vielvölkerstaat gemacht habe“. (...) Werner wirft dann die rhetorische Frage auf, ob man sich in Anbetracht der AusländerInnenpolitik der Bundesregierung noch wundern müsse, „wenn die betroffenen Deutschen das Vorgehen gegen das eigene Volk als „ethnische Säuberung“ empfinden“.

Neofaschisten bedrohen die PDS-Abgeordnete

Bonn. Zu den Drohungen gegen ihre Person durch eine sogenannte „Anti-Antifa-Gruppe“ Naumburg/Saale nimmt die innenpolitische Sprecherin der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag, Ulla Jelpke, wie folgt Stellung:

Eine sogenannte „Anti-Antifa-Gruppe“ aus Naumburg/Saale (mit weiterer Kontaktanschrift in meiner Heimatstadt Hamburg) verbreitet bundesweit und in dem Hamburger Haus, in dem ich wohne (und Umgebung), ein Flugblatt mit meiner Privat- und Büroanschrift sowie einem Bild von mir. Sie rufen dazu auf, daß man mir „klar machen“ soll, „das (Fehler im Original, U.J.) auch national gesinnte Menschen ein Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung haben.“ In Richtung des neofaschistischen Gewaltpotentials in dieser Republik richten sie die Aufforderung: „Der Fortschritt der nationalen Opposition darf nicht durch solche Personen behindert werden!“ Wie diese Aufforderung zur Be-

setzung - dieses Hindernisses von Teilen des neofaschistischen Spektrums aufgefaßt werden könnte, darüber legen die monatlichen Statistiken über rechtsextreme Straftaten in der BRD ein erschreckendes Zeugnis ab.

Zum Zielobjekt für diese neofaschistischen Gruppen bin ich durch meine parlamentarischen Initiativen gegen rechtsextreme Aktivitäten in diesem Lande geworden, oder, wie der Verfasser des Pamphlets (mit falscher deutscher Zeichensetzung) schreiben: „JELPKE stellt häufig Anfragen im Bundestag die im Zusammenhang mit der nationalen Opposition stehen.“

Ich nehme diese Bedrohung durch die „Anti-Antifa“ durchaus ernst; ich werde mich dadurch natürlich keineswegs abhalten lassen, in das Zentrum meiner parlamentarischen Initiativen weiterhin die Aufklärung über rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitäten zu stellen.

Bei den zuständigen Behörden habe ich Strafanzeige gegen die Verfasser dieses Pamphlets gestellt.
—(Ulla Jelpke)

den?“ (*Witiko-Brief* 3/1994).

In einem Artikel zur „fälligen und notwendigen Neuordnung Europas“ formuliert diesen Standpunkt auch Walter Staffa, Bundesvorsitzender des „Witikobundes“ und presserechtlich verantwortlich für den *Witiko-Brief* ähnlich: „Aus dieser Gesinnung ergibt sich ganz selbstverständlich die Achtung vor der Würde des Menschen, wie die Würde der Völker. Jeder Einzelne, jedes Volk muß die eigene Identität erhalten, ja stärken, jedes muß nach seiner Eigenart leben und wirken können. Dies allein sichert die europäische Vielfalt, den Reichtum der vielen reinen schöpferischen Quellen — keine chaotische Mischung, keine Multikultur ...“ (*Witiko-Brief* 1/1994).

Neben dem „Erhalt des deutschen Volkes“ geht es dem „Witikobund“ vor allem auch um den Erhalt des „Sudetendeutschums“, bei schroffer Frontstellung gegen die tschechische Bevölkerung. Dies beschreibt recht charakteristisch Horst-Rudolf Übelacker, früher REP-Landtagskandidat in Bayern und heute stellvertretender Bundesvorsitzender des „Witikobundes“: „Die Deutschen, zusammengedrängt auf die Restgebiete in West- und Mitteleuropa sowie in Österreich und zudem bedrängt von einem „Millionenheer“ volksfremder Zuwanderer, sehen sich einer allmählich zerbröckelnden Zeitgeschichtsfassade gegenübergestellt. (...) Sehen wir zu den Tschechen hin, die auf fremde und Jahrhunderte hindurch besiedelte deutsche Heimatgebiete pochen und trotz dünner Besiedlung, der Unfähigkeit, das Land zu bewirtschaften, und des Verfalls dieser Landstriche mit dem Mut der Verzweiflung am Raub von 1945/46 festhalten ...“ (*Witiko-Brief* 5/1993).

Gegen die „Raubsicherungspolitik“ der Tschechen

Zu den Zielen des Bundes hieß es Anfang der 50er Jahre: „Es ist geschichtlich erwiesen (...), daß die Tschechen allein den Stürmen aus dem Osten nicht Widerstand zu leisten vermögen, wenn das deutsche Ordnungselement fehlt. (...) Es geht heute nicht mehr um einfache Rückkehr, sondern um einen Neuauftauch, um eine Wiedervereinigung unserer Heimat durch eine neue Siedlung, die der alten Kolonisation des Mittelalters durchaus ebenbürtig wäre, wenn auch mit den Mitteln der heutigen Technik durchgeführt“ (zitiert nach, Kurt Hirsch, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989, S. 185).

Die Forderung nach Revanche und Änderung des Status Quo ist für den „Witikobund“ das zentrale Politikfeld. Der Bundesvorsitzende Staffa schreibt zum „50. Jahrestag der Vertreibung“: „Große Völker haben in ähnlicher Lage beispielhaft jahrtausendelang ihren legitimen raum- und zeitübergreifenden Anspruch für die Zukunft aufrechterhalten. Das durch vorsätzliche Zerstreuung in Raum und Zeit getroffene Sudetendeutschland im Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft zu erhalten, war das Bestreben unserer Führung und Tausender von Idealisten in den letzten 50 Jahren und sollte unverändert auch für die Zukunft selbstverständliche Verpflichtung sein. (...) Von hier aus gilt es, den immerwährenden

Fortsetzung Seite 14.

Anspruch auf die Heimat in den böhmischen Ländern aufrechtzuerhalten, die seit Karls des Großen Zeiten in einem übernationalen europäischen Zusammenhang stehen." (Witiko-Brief 1/1995)

Dem „Witikobund“ geht es darum, grundlegend die Nachkriegsordnung, wie sie im Potsdamer Abkommen niedergelegt ist, zu ändern. Übelacker führt u.a. aus: „Es wäre die Forderung und Bitte an die beteiligten Regierungen Deutschlands und Österreichs zu richten, die alliierten Sieger darauf aufmerksam zu machen, daß es an der Zeit ist, sich vom Mittel des Bevölkerungs-Transfers als Mittel der Politik deutlich zu distanzieren und den Artikel 13 des Potsdamer Abkommens für null und nichtig zu erklären — mit allen Konsequenzen“ (Witiko-Brief 5/1993). Die Politik der tschechischen Regierung wird von Übelacker als „Raubsicherungspolitik“ bezeichnet (ebenda).

Der Bundesvorsitzende Staffa formuliert diesen Gedanken so und mahnt dabei die Schwankenden, denen dieses Vorhaben als zu groß erscheint: „Wir wollen und müssen diesen offensichtlich im Charakter geschwächten bzw. durch Medien usw. Verunsicherten immer wieder den richtigen Weg aufzeigen und sie daran erinnern, daß nur feste Treue zum Recht, zur Wahrheit und damit Treue zum Erbe der Vorfahren der gewünschten Neuordnung Europas dient“ (Witiko-Brief 4/1994, Hervorhebungen im Original). Das heißt also, daß Staffa eine europäische Neuordnung anstrebt. Er stellt diese ganz bewußt in die unsägliche großdeutsche Traditionslinie.

Die Ausfälle gegen die tschechische Bevölkerung gehören bei seiner revisionistischen Politik zum Handwerkzeug des „Witikobundes“. So schreibt beispielsweise der Schriftleiter des Witiko-Briefes, Kopp, über seine Eindrücke „anläßlich einer Heimatfahrt“, also einer Fahrt in die Republik Tschechien: „Ohne die Deutschen wird das Sudetenland seine verlorene Seele nicht wiederfinden. Wer soll das Unkraut jätten, das bald wieder auf den Gräbern wuchern wird?“ Kopp schreibt über die tschechische Bevölkerung: „Wenn sie denn einmal die Absicht hegten, mit ihrer Hände Kraft zu erhalten, was Generationen vor ihnen in deutscher Arbeitslust erschaffen hatten, so ist es ihnen jedenfalls nicht geglückt. Sie haben nicht gesät, also werden sie nicht ernten.“ Für ihn ist offenbar charakteristisch für dieses Land, daß in „einem einst wohlhabenden Bürgerhaus“ — deut- schem Bürgerhaus — nun „ein Trunkenbold das frühere Klavierzimmer“ bewohnt (Witiko-Brief 5/1994).

Kopp versucht damit, wie die gesamten Vertreter des „Witikobundes“ natürlich, den völkerrechtswidrigen Anspruch auf Teile des tschechischen und polnischen Staatsgebietes wachzuhalten und deren Bewohner und Bewohnerinnen — wegen ihrer Herkunft — herabzusetzen.

Der Bundesvorsitzende Staffa droht beispielsweise: „Der polnische Kardinal Henryk Gulbinowicz z.B. vertritt unbeirrt wahrheitswidrig die Meinung, daß Schlesien ewig polnisch gewesen sei. Die Vertreibung bezeichnet der ‚fromme Kirchenmann‘ zynisch als ‚Rückkehr der Deutschen in ihr Vaterland!‘ Hier wird ein Geist sichtbar, der nur ins Unglück führen hilft: Das grausame Geschehen einer Vertreibung kann eines Tages die Vertreiber selbst treffen“ (Witiko-Brief 1/1994). (...)

Geschichtsrevisionismus

Das Credo des „Witikobundes“ bezüglich der Uminterpretation der Geschichte und der Leugnung der NS-Verbrechen führte der Bundesvorsitzende

Staffa auf der Jahrestagung 1993 aus: „Als einen wichtigen Schritt schlägt der Witikobund vor, die durch laufende Desinformationen weitverbreiteten zeitgeschichtlichen Lügen gemeinsam zu entlarven. Miteinander zu Wahrheit, miteinander zu der Notwendenden Bewußtseinsänderung im Sinne einer geistig-sittlichen Erneuerung!“ (Witiko-Brief 5/1993). Der Neonazismus hat diesen Gedanken bei seinen Kongressen zur Leugnung des Holocaust mit der Formulierung „Wahrheit macht frei“ ausgedrückt. Dies ist auch die Maxime des „Witikobundes“.

In reinster rechtsextremer Art und Weise geht der Bundesvorsitzende bei der Relativierung und Leugnung der NS-Verbrechen vor. Die Propaganda von der „Kriegsschuldlüge“ wird von ihm im Witiko-Brief ausgiebig betrieben. In dem Artikel „Der Wahrheit und dem Recht verpflichtet bleiben“ schreibt er: „Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende und Vertreibung stellen die veröffentlichte Meinung und ein Großteil der von linksradikalen Ideologen beherrschten Politik Deutschland und das deutsche Volk einseitig und wahrheitswidrig unter die Last der Alleinschuld an den in diesem Jahrhundert begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Staffa rechnet die Verbrechen des NS-Staates gegen die sogenannten Vertreibungsverbrechen auf: „Neben dem schrecklichen Holocaust, der Teile des Judentums vernichtete, gilt der andere Holocaust, der Millionen von Leidtragenden bei der Vertreibung erfaßte, bereits als ein Tabu“ (Witiko-Brief 1/1995).

Die Verbrechen des NS-Staates werden in unglaublicher Weise heruntergespielt. So schreibt der stellvertretende Bundesvorsitzende des „Witikobundes“, Übelacker, über die Vergeltungsaktion der SS in Lidice: „Hier sind die 133 Opfer von Lidice zu beklagen. Etwa, was leider in Kriegszeiten bei Anwendung von Gewalt gegen einen führenden Vertreter eines anderen Staates eine völkerrechtlich übliche Sache ist ...“ (Witiko-Brief 5/1993). (...) Das Leben im Protektorat beschönigt Übelacker im gleichen Artikel: „In der Protektoratszeit ging es den Tschechen den Verhältnissen entsprechend gut, sie hatten ein gutes Auskommen, wenige Opfer und keine Kriegsgefallenen zu beklagen ...“ (Witiko-Brief 5/1993) (...)

Der Witiko-Brief gibt die Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Übelackers vom 15.1.1994 wieder, die er gehalten hatte, als ihm das Große Ehrenzeichen der SL überreicht wurde. In der Rede heißt es: „Von 1914 bis 1945 sei ein zweiter 30jähriger Krieg gegen den Kern Mitteleuropas geführt, Deutschland und Österreich seien gezielt destabilisiert worden. Die Zwischenkriegszeit vom Pariser Gewaltfrieden bis zum 2. Weltkrieg hätten Churchill und andere Staatsmänner realistisch nur als Atempause angesehen bis zum erneuten Waffengang. (...) Bereits 1918 habe man die Assimilierung der Sudetendeutschen in 50 Jahren verkündet. Die verschiedensten Formen der Unterdrückung führten nach vergeblichen Versuchen eines Ausgleichs mit den Tschechen zur endgültigen Hinwendung der Sudetendeutschen zum Mutterland, eine Entwicklung, die unabhängig von Hitler unter jedem Reichskanzler eingetreten wäre.“ (...)

Weitere Verbindungen ins rechtsextreme Lager

Seit seiner Gründung versuchte der „Witikobund“, gezielt die Vertriebenenverbände und andere Gruppen, wie die studentischen Korporationen, aber auch Bildungseinrichtungen und Verla-

ge zu unterwandern. Mitte der 50er Jahre erklärte der damalige bayerische Minister Walter Stain auf einer Jahreshauptversammlung der „Witikobundes“ diese Vorgehensweise: „Alle Umsetzung geistiger Erkenntnis und damit ihre Verwirklichung vollzieht sich in Organisationen. Auf diese aber kann man nicht oder nur schwer — und dann vielfach unerwünscht — von außen einwirken. Man muß selbst in ihnen stehen. Und wenn man dann auf diese tatsächlich Einfluß ausüben will — und dies ist schließlich das legitime Recht eines jeden einzelnen Mitgliedes —, dann muß man eben an solche Stellen gelangen, von denen aus man zu wirken in der Lage ist“ (zitiert nach Kurt Hirsch, a.a.O., S. 185/186).

Die Mitgliederzahl des „Witikobundes“ dürfte heute bei ca. 1000 liegen. Der Anteil der Rechtsextremisten unter den Mitgliedern, die in rechtsextremen Parteien/Vereinigungen organisiert sind und/oder für rechtsextreme Zeitungen/Verlage schreiben, ist beträchtlich und in den letzten Jahren angestiegen. Dabei ist beachtlich, daß gerade rechtsextrem orientierte Personen an den entscheidenden Stellen des „Witikobundes“ sitzen. Und es ist nach wie vor so, daß „Witikonen“ wichtige Schnittstellen im rechtsextremen und/oder Braunzonen-Spektrum besetzen.

An herausragender Stelle ist hier der „Witikone“ und Verleger Dr. Herbert Fleißner zu nennen. Schon 1957 wies Walter Stain stolz im Zusammenhang mit der Unterwanderungstaktik darauf hin, daß Fleißner einen „Grenzlandausschuß der deutschen Burschenschaften“ gegründet und „mit dem er ganz neue Kreise für den deutschen Osten gewonnen“ hat (ebenda, S. 186). Verglichen mit dem, was er heute leistet, war seine Einflußmöglichkeit für den „deutschen Osten“ bei der Deutschen Burschenschaft eher bescheiden. Heute verfügt er über ein Verlagsimperium; ihm unterstehen u.a. der Ullstein-Verlag, der Verlag Langen-Müller etc. Über 20 Verlage stehen ihm zur Verfügung, um für den „deutschen Osten“, aber auch für rechtsextreme Idee Menschen zu gewinnen. Überdies wirbt die Verlagsgruppe für ihre Bücher fast in der gesamten rechtsextremen Presse. (...) Andere „Witikonen“ sitzen in den rechtsextremen oder neurechten „Denkfabriken“ und „Theorieorganen“ und üben hier Meinungsführerschaft aus. Da wäre vor allem zu nennen das schon erwähnte ehemalige Mitglied des „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV), jetzige Mitglied der rechtsextrem durchsetzten Burschenschaft Danubia und ehemalig langjähriger Redakteur der Jungen Freiheit, Hans-Ullrich Kopp, Schriftleiter des Witiko-Briefes. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß der Witiko-Brief für die Jungen Freiheit wirbt (vgl. u.a. Witiko-Brief 1/1994), eine Zeitung, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „geistiger Wegbereiter“ der REPs bezeichnet wird. Und unter diesen Umständen ist es auch kein Wunder, daß eine ganze Reihe weiterer Mitarbeiter der Jungen Freiheit beim „Witikobund“ aktiv sind.

Gleichfalls in diesen Kreis gehört Annelies Thomas. Sie kommt aus dem rechtsextremen „Nationaleuropäischen Jugendwerk“ und verbreitet heute als Verlegerin nicht nur revisionistische Literatur, sondern auch Literatur zur „Konservativen Revolution“, eben zu den anderen geistigen Wegbereitern, jenen, die der NSDAP zum Durchbruch verholfen. In ihrem Verlag werden die Witiko-Briefe hergestellt.

In einem anderen „Denkfabrik“ sitzt Dr. Rolf Kosiek, ehemaliger baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der NPD und Bundesvorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik“.

TERMINE

26.5.-28.5.: 5. Bundestreffen der Cub-Solidaritätsgruppen in der BRD, Darmstadt. Anmeldung und Rückfrage Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 531 Bonn, Tel. 0228/251505

24.6.-25.6.: Zentrale Delegiertenkonferenz der VSP

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

18.6.: Der Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Metall und der Herausgeberkreis der Zeitschrift Kritik und Widerstand treffen sich um 11 Uhr in Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer

1.9.-3.9.: UZ-Pressefest — Volksfest der DKP 95, Revierpark Wischlingen, Dortmund

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten, 8.30 Uhr, Köln

14.10.: Arbeitskreis Politische Berichte, Köln

14.10.-15.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten, Köln

Kosiek leitet das dem „Grabert“-Verlag nahestehende „Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte“, in dem vor allem die Verbrechen des Hitler-Faschismus gelegnet bzw. beschönigt werden. Weitere Mitglieder sind u.a.:

- Kurt Beckmann, ehemaliger Landesvorsitzender der REPs in Nordrhein-Westfalen;
- Karl Baßler, ehemaliger baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der NPD;
- Walter Bachmann, langjähriger bayrischer NPD-Vorsitzender;
- Karl-Heinz Sendbühler, ehemaliger Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sowie heutiger NPD-Bundespresse- und -sprecher;
- Günther Schwemmer, ehemaliger NHB-Bundesgeschäftsführer;
- Dr. Walter Hawelka, Mitglied in der „Kolbenheyer-Gesellschaft“;
- Michael Paulwitz, 1993 stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, Autor in Criticon;
- Prof. Richard Eichler, Autor im rechtsextremen „Grabert-Verlag“;
- Helmut Kowarik, Mitglied im Verein für das Deutschtum im Ausland, Vorsitzender der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ und presserechtlich verantwortlich für den antisemitischen „Eckartboten“.

Ein illustre Runde also, die da für den „deutschen Osten“ und die „alten deutschen Traditionen“ und gegen die „Fünfundvierziger“ streitet. Bemerkenswert ist, daß der „Witikobund“ über die Jahre hinweg in die SL politisch und organisatorisch eingebunden war. Über diese Einbindung hatten die „Witikonen“ auch Anteil an der politischen und finanziellen Förderung, die die Bundesregierung der SL jährlich zukommen ließ und läßt. Aber auch direkt wird der „Witikobund“ von der Bundesregierung gefördert: Für seine Propaganda erhielt er in den Jahren von 1983 bis 1991 ca. 72000,- DM.

(Aus Platzgründen mußten wir leider kürzen, d. Red.)

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag.

„Meister im Geldverdienen“ und Zwangsarbeit

Eva Bulling-Schröter, PDS-MdB, auf der Hauptversammlung der „Bayer AG“ am 26. April 1995

Wir sind deutscher Meister im Geldverdienen“ — so zitiert die Wirtschaftswoche vom 16. März dieses Jahres den Vorstandsvorsitzenden der „Bayer AG“, Herrn Schneider.

Der Zufall wollte es, daß genau am gleichen Tag, an dem ihr Vorstand diese stolze Bilanz öffentlich präsentierte — am 21. März — in Bonn eine Anhörung zur Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus stattfand. Unter anderem spielten auch die ca. 8 Millionen Zwangsarbeiter aus nahezu allen Teilen Europas eine Rolle. Hier mußte jedoch ein niederschmetterndes Resümee gezogen werden. Sie warten noch heute auf eine moralische Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigung.

Offiziell wird bis zum heutigen Tag — 50 Jahre nach dem Ende des Krieges und der faschistischen Barbarei — die Ausbeutung der Zwangsarbeiter nicht als Unrecht anerkannt. Stattdessen bezeichnet man diese oft mit dem einkalkulierten Tod endende Sklavenarbeit heute noch als „normale kriegsübliche Ausbeutung“. Sie werden mir jedoch zustimmen: weder dieser Krieg noch die Mittel, mit denen er geführt wurde, waren „normal“.

Ich möchte an Ihren Vorstand die Fragen richten: Hat das Thema „Zwangsarbeit“ auf ihren Sitzungen je eine Rolle gespielt?

Denn auch ihr Unternehmen, meine Damen und Herren, die „Bayer AG“, hat als Teil des IG-Farben-Konzerns von dieser historisch einmaligen, generalstabsmäßig organisierten „Vernichtung durch Arbeit“ profitiert. Daran möchte ich sie ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, da „Bayer“ erneut zum „deutschen Meister im Geldverdienen“ emporgestiegen ist, erinnern.

Die deutsche Wirtschaft und der faschistische Staat arbeiteten zwischen 1933 und 1945 Hand in Hand. Auch an dem Kapital, mit dem ihre Gesellschaft arbeitet, klebt Blut. „Pecunia non olet“, sagten die alten Lateiner — Geld stinkt nicht, da dessen Ursprung letztlich nicht zu erkennen ist.

Wir und vor allem sie sollten sich jedoch der Tatsache bewußt sein, welche Rolle die „IG Farben“ und damit auch „Bayer“ während der faschistischen Diktatur gespielt hat. Das ist angesichts der erschütternden Haltung der deutschen Behörden und der deutschen

Industrie gegenüber den Opfern der Nazi-Diktatur ein Gebot der Stunde.

Die Vertreter auch ihres Unternehmens haben entscheidend bei der Inthronisierung der Hitler-Partei mitgewirkt. Der damalige Chef von „Bayer“, Carl Duisberg, unterstützte schon frühzeitig die faschistische Bewegung. In die Hitler-Partei und den Faschismus wurde investiert: allein durch die „IG Farben“ ca. 84 Millionen Reichsmark an Spenden. Und — nüchtern und betriebswirtschaftlich formuliert — es rechnete sich: „1938 war ein erfolgreiches Jahr“, heißt es in einem Geschäftsbeginn kurz vor Kriegsbeginn. Und weiter heißt es in dem Bericht: „Die IG wird weiterhin allen Anforderungen soweit wie möglich entsprechen“. Gemeint sind die Anforderungen, die sich aus den faschistischen Plänen zur Neuordnung Europas und der Welt ergaben. Und dabei wurde „meisterhaft“ verdient: Zwischen 1937 und 1944 stiegen allein die Umsätze von „Bayer“ mit der deutschen Reichswehr von 400 000 Reichsmark auf 27,5 Millionen Reichsmark. Im Krieg ist die Nachfrage nach Medikamenten eben wesentlich größer als in Friedenszeiten.

In den Dokumenten des Nürnberger IG-Farben-Prozesses wird festgestellt, daß der Umsatz des Konzerns zwischen 1932 und 1939 auf 227 % und der Reingewinn gar auf 511 % gestiegen ist. Während des Krieges wurde hier noch einmal kräftig zugelegt. Das Vermögen des IG-Farben-Konzerns stieg entsprechend: Von 1,75 Milliarden im Jahre 1937 auf 2,83 Milliarden 1942. Das ist ein Wachstum auf 162 %!

Setzt man die heute kaum noch quantifizierbare unmenschliche Ausbeutung der Zwangsarbeiter dagegen, wird die betriebswirtschaftliche Effizienz dieser Jahre deutlich. Zu den bereits genannten 8 Millionen Zwangsarbeitern muß man nach Schätzungen z.B. die gleiche Zahl Menschen hinzurechnen, die die terroristische Art ihrer Rekrutierung nicht überlebten. Dem durchschnittlichen Dauerbestand von 10000 Häftlingen im „IG-Farben“-Lager Monowitz in Polen stand z.B. eine Todesziffer von 120000 im gleichen Zeitraum gegenüber. Nüchtern betriebswirtschaftlich formuliert: ein hoher „Lagerumschlag“. Von 1128 holländischen Staatsbürgern, die nachweislich hier eingeliefert wurden, haben 194 ihre Heimat le-

bend erreicht. Hat der Vorstand von „Bayer“ jemals Kontakt zu diesen Opfern gesucht?

Angesichts dieser wenigen ausgewählten Fakten, die man beliebig ergänzen könnte, ist es beschämend, daß die Entschließung des Europa-Parlaments zu Entschädigungsleistungen für ehemalige Sklavenarbeiter der deutschen Industrie vom 16.1.1986 in der BRD bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt wurde. Sie stellt fest, daß eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung der betreffenden Firmen besteht, Entschädigungsleistungen zu zahlen. Sie wurde dem Bundesverband der deutschen Industrie zugeleitet: Die Reaktion ist niederschmetternd: Sie ist gleich Null. 1992 darauf angesprochen, erhielt man vom BDI die lakonische Antwort, man wisse nicht, welche Betriebe Zwangsarbeiter beschäftigt hätten. Weiß das ihr Vorstand wirklich nicht? Ich nenne das bewußte Ignoranz. Man will diese Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen.

In jeder Untersuchung zur Rolle der deutschen Wirtschaft unter der Nazi-Diktatur sind sie nachzulesen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute über das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahrs stolz sind und Ihr Vorstand für die kommenden Jahre weiteres kräftiges Wachstum prophezeit, dann sollte dies ein Anlaß sein, nach einem halben Jahrhundert ungestüm Unrecht, endlich als „Bayer AG“ initiativ zu werden. Wenigstens den wenigen heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern muß moralischer und auch finanzieller Beistand gewährt werden, und war möglichst schnell und unbürokratisch. Die Zeit drängt!

Haben Sie als Vorstand die Courage, setzen Sie ihre Autorität, ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht und auch Ihren Einfluß auf die Gestalter der Politik dieses Landes ein, um begangenes Unrecht zumindest teilweise wiedergutzumachen.

Unterstützen Sie alle Bemühungen zur längst überfälligen Anerkennung der Zwangsarbeiter als Opfer des Nazi-Regimes, sowohl moralisch als auch finanziell!

Können Sie und Ihr Vorstand angesichts der heute gezogenen positiven Bilanz der „Bayer AG“ und Ihrer Kennt-

nis zur Geschichte dieses Unternehmens sonst ein ruhiges Gewissen haben? Stiften Sie anlässlich des 50. Jahrestages des Endes der faschistischen Barbarei für die Opfer der Zwangsarbeitslager einen Fonds! Da der Vorstand bislang keinerlei Ansätze erkennen ließ, diese Probleme zur Kenntnis zu nehmen, bitte ich Sie, gemeinsam mit dem kritischen Aktionären gegen seine Entlastung zu stimmen.

Nazi-Überlebender klagt gegen BASF, Bayer und Hoechst

Düsseldorf. Während der 8. Mai von der Welt als Tag der Befreiung begangen wird, warten ehemalige Zwangsarbeiter des IG-Farben-Kartells noch immer auf Wiedergutmachung. Denn bis heute weigern sich die Nachfolger des Unrechtskartells — BASF, Bayer und Hoechst — Entschädigungszahlungen zu leisten. In den USA sprach das Washingtoner Appellationsgericht nun Hugo Princz, einem Überlebenden des Grauens, das Recht zu, gegen die deutschen Konzerne zu klagen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte auf höchster Ebene versucht, die Anklage zu verhindern ...

Der US-Staatsbürger Hugo Princz lebte beim Ausbruch des zweiten Weltkriegs mit seinen Eltern, zwei Brüdern und drei Schwestern in der Slowakei. 1942 wurde die Familie nach der formellen Kriegserklärung zwischen Hitler-Deutschland und den Vereinigten Staaten von der SS verhaftet ... Die Eltern und eine Schwester starben einen Monat später im „Vernichtungslager“ Treblinka, Hugo Princz und seine anderen Geschwister wurden nach Auschwitz und Birkenau verschleppt. Dort mußten sie Zwangsarbeit für die IG Farben leisten.

Von Anfang an bemühte sich Princz um Wiedergutmachung. Weil er jedoch weder innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 gelebt hatte, noch durch ein Gefangenenaustauschlager gegangen war, wurden ihm Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz verweigert ...

Presseerklärung der Kampagne „Nie wieder!“, c/o Axel Köhler-Schnura, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf, Tel. 0211-333911, Fax 0211-333940.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein.

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257.

Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat. Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.

Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

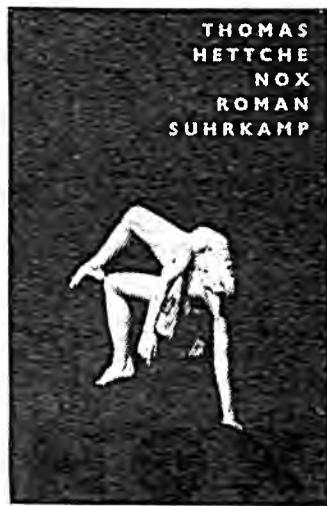
(Bank) Unterschrift:

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

10/95

Literatur zur Wende

Lange blieb das Verschwinden der Mauer und die damit verbundene Wende in Osteuropa ein Stiefkind der Literatur, an das sich offenbar kein Autor heranwagte. Aber im Frühjahr dieses Jahres sind endlich einige Werke zu meist junger Nachwuchsauteure erschienen, die sich mit diesem zentralen Thema deutscher und europäischer Geschichte beschäftigen. Na also! Im Vordergrund stehen die aktuellen Romane der zwei allseits hochgelobten Jungautoren Thomas Hettche und Reinhard Jirgl, ein Unterhaltungsroman von Barbara Sichtermann und ein Werk des tschechischen Altmasters Ivan Klima. Obwohl der literarische Wert der Werke unbestritten ist, zweifelt Volker Hage in seiner Buchrezension (Spiegel Nr. 15) an der Begabung von Hettche und Jirgl; er wirft Hettche „die Bankrotterklärung eines (seines) Talents“ vor und Jirgl „Sprachlosigkeit“.



Thomas Hettche, der 1989 mit dem Roman „Ludwig muß sterben“ debütierte und bereits mit dem Robert-Walser-Preis ausgezeichnet wurde, konzentriert sich in seinem aktuellen Roman „Nox“ auf die Ereignisse jener Nacht des 9. Novembers, als die Mauer geöffnet wurde. Der Umschlag des Buches erscheint so düster wie der Inhalt selber. Hettche läßt jene Nacht in einem dunklen Licht erscheinen und verbreitet eine morbide Grundstimmung. Am Anfang des Buches ersticht eine junge Frau den Erzähler („ich sah in ihrer Hand das Messer nicht“). Während er im Akt beginnender Verwesung sein Leben aushaucht, zeichnet er in dieser Lage ein Bild Berlins. Und daß dieses nicht heiter und beschwingt ausfällt, ist irgendwie verständlich. Die Handlung des Buches läuft vor dem Auge des Lesers wie ein Schwarz-Weiß-Film ab, wobei auf leuchtende Farben fast ganz verzichtet wird. („Das Weiß verbrannte die Farben dort, wo es (das Licht) hintraf, und schlug um die tiefschwarzen Bereiche die Schlagschatten seines Zirkels“).

„Nox“ ist weder ein Roman mit politischem Inhalt, da politische Ereignisse nur am Rand erwähnt werden, noch einer mit gesellschaftlicher Tragweite, weil der Autor nur wenige Exoten beschreibt, die nicht dem Bild des Alltags entsprechen. Orientierungslos läuft die Mörderin auf der Flucht vor der Tat durch Berlin und trifft auf einen streunenden ostdeutschen Grenzhund, einen schweigsamen Geräuschemacher und einen Ost-Berliner Anatom. Hettche zeichnet das Bild einiger Menschen, die auf ihrer Suche jeden Halt verlieren und deren einzige Orientierung die von vielen gehaßte Mauer darstellt. Welche Unsicherheit muß sich für Hettches Hauptpersonen ausbreiten, als diese

Mauer plötzlich wegfällt! Der Autor macht zwischen dem Westen und dem Osten keinen Unterschied; die Handlung springt ständig. Ein Hauptproblem dieses Buches ist aber, daß Hettche ein falsches Bild jener Nacht wiedergibt.

Er beschreibt nicht die Hoffnung der Menschen, die sich durch den Westen ein besseres Leben wünschten und später so bitter enttäuscht wurden. Dafür verfällt der Autor andererseits nicht in das übliche Hurra-Geschehre, gibt dem Leser aber insgesamt keine Perspektive. Überdies hat die Nacht bei Hettche starke mythologische Bedeutung. Aber die Kritik Volker Hages, Hettches Buch sei „miserabel“, trifft nicht zu, da der Roman innerhalb der gesetzten Grenzen durchaus einen reichen Wortschatz des Autors vermuten läßt. Seltsam mutet jedoch die Erzählperspektive einer verwesenden Leiche an, die doch eigentlich nicht mehr in der Lage sein sollte, ein reales Bild dieser Nacht zu beschreiben.

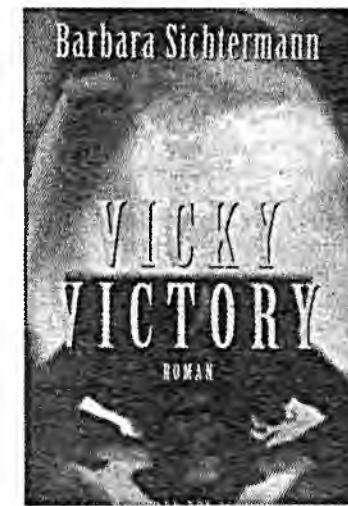


Reinhard Jirgl, Literaturpreisträger der Stadt Marburg und zugleich Träger des Alfred-Döblin-Preises, stammt aus dem Osten und veröffentlichte 1990 seinen ersten Roman „Vater Mutter Roman“. Sein aktuelles Werk „Abschied von den Feinden“ ist ungleich politischer als Hettches „Nox“. Jirgl erzählt die Geschichte zweier Brüder, deren Wege sich bei der Flucht des einen in den Westen trennen und die nacheinander in dieselbe Frau verliebt sind. Der ehemalige Flüchtlingskehrt nach Öffnung der Grenze in den Osten zurück und fühlt sich fremd. Jirgl nimmt Osten und Westen gleichermaßen unter die Lupe und prangert das Anzünden von Unterkünften („... hätten Sie uns vor drei Jahren gesagt daß wir bei einer Randalie gegen das Asylantenheim dabeisein würden wir hätten Sie für verrückt erklärt Und doch sind wir hingegangen“), die Borniertheit der Kleinbürger („Weshalb mußten die Fremden hierher kommen Ausgerechnet hierher zu uns?! ...“) und das Ni-schendenden vieler DDR-Bürger („Nun ist Alles gut! Nun wird Alles seinen Gang gehen Seinen sozialistischen Gang ...“). Sehr schön wird auch der Widerspruch zwischen mit Südfrüchten überladenen Obstgeschäften und verfallener eigener Industrie im Osten erkannt und beklagt.

Leider verfehlt Jirgls wichtige Botschaft die Menschen, die sie angeht. „Abschied von den Feinden“ ist ein sehr schwieriges, intellektuell hochstehendes Buch, dessen Handlung sich dem Leser als ein ineinander verkeiltes und verschraubtes Geflecht von Einzelsträngen präsentiert, das jeden Versuch einer chronologischen Ordnung ad ab-

Einige Anmerkungen aus westdeutscher Sicht

surdum führt. Obendrein wechselt im Roman die Person des Erzählers zwischen beiden Brüdern, daß man oft nicht mehr weiß, wer gerade erzählt. Aber damit noch nicht genug! Jirgl bedient sich außerdem einer selber entwickelten Kunstsprache, in dem er einerseits Ziffern in den Text integriert („einzel“ wird zu „zeln“) und andererseits Wortkonstruktionen benutzt, die an die Sprachexperimente des Ernst Jandl und Wortungetüme des Martin Heidegger erinnern („Da-Sein“). Der Autor schafft mit dieser Verfremdung der Sprache eine virtuelle Erzählebene, aus der man eine Distanz zum Inhalt bekommt und damit auch die Möglichkeit der Reflexion des Erzählers. Jirgl spricht selber von „differenzierten Zeichenebenen“, „die als Sinnträger eine größere Genauigkeit der Beschreibung ermöglichen“. (aus: Spiegel Nr. 15). Es besteht aber die Gefahr, daß der Leser um eine Ecke zuviel denken muß, um an den Kern der Botschaft zu gelangen; er bleibt dann leider an der Interpretation der Kunstsprache stehen und verliert sich in formalen Dingen. Ein Autor sollte sich möglichst keiner Kunstsprache bedienen, da bei Nachahmung die menschliche Sprache verkümmern würde (siehe Orwells „Neusprache“ in „1984“); aber der Vorwurf Hages, Jirgl leide an „Sprachlosigkeit“, negiert die Absicht des Autors, die Verfremdung als künstlerisches Mittel einzusetzen.



Während Jirgl eher den politischen Aspekt herauskehrt, tritt in Barbara Sichtermanns Werk „Vicky Victory“ eher der gesellschaftliche Aspekt in den Vordergrund. Ihr trivialer Roman aus dem Genre der Belletristik serviert leicht verdauliche Kost, an der sich bestimmt niemand verschluckt. Die Handlung erscheint linear und geradlinig; sie erzählt die Erlebnisse des Frauenhelden Igor, der gut aussieht und fast jede Frau erobert. Er schlägt sich erfolglos als Übersetzer durch, zählt also nicht zu den Gewinnern der Wende. Zumal er vor Jahren aus dem Osten Berlins in den Westen floh. Igors Freunden geht es nicht anders; man trifft sich regelmäßig in der Stammkneipe, bis diese von Skinheads niedergebrannt wird. Die Freunde beklagen, daß „Spitzelei ... nicht nur die Regel ... (sonder) das Spiel selbst (war)“ und die Arbeitslosigkeit. Die Autorin gibt einen guten Einblick in die Szene Berlins des Jahres 1991 und schildert eindrucksvoll deren Verfall („in Berlin-Moabit stirbt eine kleine Welt“).

Als Igor seine Traumfrau Vicky kennenlernt („die schönste Kassiererin aller 672 Supermärkte Berlins“) und sich beide im Café gegenübersetzen, kommt es zur Schlüsselszene des Romans: Bei-

de kommen aus dem Osten, können es aber aus Angst, sich wieder zu verlieren, nicht zugeben („Sie kommt aus dem Osten und gibt es nicht zu. Ich bin aus dem Osten und geb es nicht zu.“). An dieser Stelle wird deutlich, welchen Stellenwert „Ossis“ zu diesem Zeitpunkt hatten. Dies kommt hier noch klarer heraus als bei Hettche und Jirgl. Deutlich wird auch das „materielle“ Denken vieler „Ossis“, das aber vom Westen stark geprägt war. „Vicky Victory“ ist ansonsten voller erotischer Details und Vitalität und vermag keinen rechten Pessimismus zu verbreiten. Ähnlich wie Hettche stellt auch die Autorin heraus, daß die Mauer trotz allem von vielen Berlinern nicht nur als Negativum betrachtet wurde, sondern auch als einiger ruhiger Pol in einer Welt voll Chaos.



Ivan Klima unternimmt es, in seinem neuen Roman „Warten auf Dunkelheit, Warten auf Licht“ gesellschaftliche mit politischen Veränderungen zu verknüpfen und die Auswirkungen auf Menschen darzustellen. Klimas Roman spielt in Prag zur Wendezeit und erzählt die Geschichte des Kameramanns Pavel, der sich mit dem alten System arrangiert und sogar eine Reportage über den amtierenden Staatspräsidenten dreht. Sein alter Freund Petr lebt als Dissident abseits; nach der Wende wird Petr der Vorgesetzte von Pavel, der dann kündigt und für eine kleine Firma nur noch Werbefilme produziert. Klima läßt seine Hauptfigur Pavel trotz allem sympathisch erscheinen. Der Autor versucht, ein realistisches Bild jener Tage des Umbruchs zu zeichnen. Einerseits rechnet er mit den Funktionären des alten Systems gnadenlos ab („sein (des Staatspräsidenten) Reichtum ist zu groß, als daß man ihn in irgendwelche Schatztruhen hineinpferchen könnte. Ihm gehört das ganze Land mit allem, was darin steht und geht“). Andererseits hat er Verständnis, wenn sich Menschen wie Pavel mit dem System arrangieren („aber ich hatte wirklich gehofft, das machen zu können, was mir Freude macht und was ich kann“). Klima, durchaus kein Sozialist, ist sich darüber im klaren, daß „wahrer Sozialismus“ etwas mit „Gerechtigkeit, freien Wahlen“ zu tun hat. Sein Buch ist ausgewogen, gerecht und tolerant, übertriebt aber die Kritik an den Funktionären.

Während Hettches „Nox“ mit kunstvoller Sprache eine Nacht beschreibt, Jirgls politische Botschaft durch das Wirrwarr der Handlung und einer Kunstsprache verloren geht und Barbara Sichtermanns Roman das Problem des Umbruchs zu oberflächlich behandelt, beschreibt Klima den Umbruch am genauesten. Sein literarisches Können bleibt aber hinter dem Hettches zurück. — (joe, Münchner Lokalberichte)